



medico international

rund- schreiben 04/14

Philippinen: Der Sturm des Protests

Nicaragua: Verkaufte Tropen

Westafrika: Das Virus der Armut

KOMMENTAR 4
PHILIPPINEN 8
NICARAGUA 14
PROJEKTE – PROJEKTIONEN 22
SRI LANKA 24
PAKISTAN 28
HAITI 30
GESUNDHEIT: EBOLA 34
SIERRA LEONE 38
MEDICO AKTIV 40
STIFTUNG MEDICO INTERNATIONAL 42
MEDICO MATERIALLISTE 44
SERVICE/IMPRESSUM 46

Liebe Leserinnen und Leser,

es war ein katastrophisches Jahr, dieses 2014. Die Permanenz des Syrienkonflikts, mit seiner sich immer weiter steigernden Aussichtslosigkeit und den Millionen Flüchtlingen, die sich deshalb in der Region verteilen, ist eines dieser Ereignisse. Der Israel-Palästina-Konflikt, bei dem sich die Abwärtsspirale mit dem bislang längsten Krieg seit Beginn der israelischen Besatzung, mit der größten Zerstörung und den meisten Toten in Gaza, weiter dreht, ein anderes. Die Ausbreitung des Ebola-Virus in Westafrika ist ein weiteres schweres Glied in der Katastrophenkette. Nicht nur die Seuche selbst ist bedrohlich, fast noch entsetzlicher ist die Debatte darum. Sie blendet die strukturellen Ursachen aus Armut und Ausgrenzung genauso aus wie die oft ausweglose Situation der Menschen vor Ort. In der medialen Hysterie steht der eigene Schutz im Mittelpunkt. Die WHO-Generaldirektorin Chan nannte das „eine grassierende Angst“, die schneller wandere als das Virus selbst.

Diese Angst treibt bizarre Blüten. Am Flughafen der nicaraguanischen Hauptstadt Managua trifft man zuallererst auf Krankenschwestern in Atemmasken, die jedem Eintreffenden das Fieber messen. Ein Gerücht besagt, die nicaraguanische Regierung habe ernsthaft erwogen, Deutsche mit Fieber 21 Tage in Quarantäne zu stecken, weil es mehrere Ebola-Fälle in deutschen Krankenhäusern gebe. Die Suggestion von Sicherheit am nicaraguanischen Flughafen mit Maßnahmen wie Atemschutz, die mit den Ausbreitungsformen des Virus nichts zu tun haben, bewegt sich auf dem Niveau der hiesigen, weitgehend empathiefreien Debatte. Man überlässt die Kranken ihrem Schicksal, Hauptsache, es trifft einen selbst nicht. Es sind Übungen in Gleichgültigkeit angesichts eines katastrophischen Status quo, der unabänderlich erscheint.



Foto: Aaron Escobar

Noch fernab der technischen Moderne. Eine der 364 Vulkaninseln im Nicaragua-See. Granada.

Dass sich medico mit seinen Partnern und Arbeiten darin nicht fügen will, ist bekannt. Gleichwohl bleibt die Frage, wie und wo es gelingen kann, den Status quo in Frage zu stellen: Bei den Taifun-Opfern auf den Philippinen, die sich gegen die Neoliberalisierung der Hilfe wenden? Bei den widerständigen Bauern in Nicaragua, die den Ausverkauf ihres Landes nicht hinnehmen wollen? Bei dem Bündnis aus pakistanischen und deutschen Anwälten und Gewerkschaftern, die die Ausbeutungsverhältnisse in der globalen Textilindustrie ins Visier nehmen?

Dieses Heft steckt voller Versuche, sich der vermeintlichen Unabänderlichkeit zu widersetzen. Dabei geht es um mehr als um Hoffnung. Denn Änderung ist dringend nötig, seien die Versuche noch so klein. Es gibt die guten Nachrichten: Der Krankenwagen, der ins syrisch-kurdische Kobanê geliefert wird; das Notruftelefon für Flüchtlinge auf dem Mittelmeer; ja, auch die medico-Stiftung deren Kapital so wächst, dass es uns vielleicht gelingt, eine „Insel der Vernunft“ in Frankfurt zu bauen. Das Titelbild – eine Insel im Nicaragua-See ist symbolisch. Vielleicht ist diese Insel vom Untergang bedroht, wenn die Kanalpläne verwirklicht werden sollten. Vielleicht wird sie auch ein Symbol für die „Insel der Vernunft“, wenn es den immer größer werdenden Protesten in Nicaragua gelingt, das Megaprojekt eines auf Wachstum um jeden Preis zielenden Entwicklungsmodells zu stoppen.

„...und bräche nicht aus allen seinen Rändern / aus wie ein Stern: denn da ist keine Stelle, / die dich nicht sieht. Du musst dein Leben ändern“, heißt es in dem Rilke-Gedicht „Archaischer Torso Apollos“. In diesem Müssen steckt auch die Möglichkeit – zur Änderung.

Herzlichst Ihre

Was Ebola lehrt

Das Drama der sozialen
Ungleichheit

Die Epidemie offenbart den Zustand der Welt. Was es braucht, sind Kämpfe um Rechte, Regulierungen, Umverteilung – und Widerstand

Von Thomas Gebauer

In Zeiten von Krisen wird deutlich, woran die Welt krankt. Dann lässt sich ihr prekärer Zustand nicht mehr verleugnen. Das Reale dringt ins Bewusstsein und die Welt, wie sie ist, wird erkennbar. Die Ebola-Krise macht da keine Ausnahme. Seit dem Ausbruch der Krankheit sind es nicht mehr nur ein paar Gesundheitsaktivisten und Fachleute, die sich um den katastrophalen Zustand der Weltgesundheit sorgen. Bei aller Dramatik liegt darin auch eine Chance. Denn nun ist die Weltöffentlichkeit alarmiert. Sondersendungen beschwören die Gefahren, die von Ebola ausgehen; Politiker gestehen Versäumnisse ein; Expertenstäbe suchen nach Auswegen. Selbst so langweilig anmutende Fragen, wie die Reform der Weltgesundheitsorganisation (WHO) finden auf einmal den Weg in die Schlagzeilen. Dazwischen – anfangs lauter, inzwischen wieder leiser – der gegenseitig zugerufene Appell, endlich mehr zu tun.

Tatsächlich werden jetzt große Anstrengungen zu unternehmen sein, um Ebola wieder unter Kontrolle zu bringen. Anstrengungen, die am Ende kostspieliger sein werden, als alles, was zur Vorbeugung hätte geleistet werden müssen. Anstrengungen, die dennoch nicht verhindern können, dass vielleicht Zehntausende ihr Leben verlieren. Um Ebola heute bekämpfen zu können, ist rasche Hilfe notwendig, vor allem aber Vertrauen. Von außen muss nun das bereitgestellt werden, was in den Krisenländern in den zurückliegenden Jahren bis zur

Unkenntlichkeit ausgehöhlt wurde – funktionierende Gesundheitssysteme mit qualifiziertem Personal und angemessener Ausstattung. Ausgerechnet in Sierra Leone fehlt heute alles: Desinfektionsmittel, Transportmöglichkeiten, Krankenhausbetten, Isolierstationen, Aufklärungsmaterialien. Aber selbst wenn solche Hilfen nun ins Land kommen, würden sie doch wirkungslos bleiben, wenn den Leuten vor Ort das Vertrauen fehlt. Wer Hilfe als Repression empfinden muss, sucht erst gar keine Hilfe. So effektiv Soldaten Gesundheitseinrichtungen aufbauen können, so argwöhnisch werden sie von Menschen betrachtet, die unter jahrzehntelangen Bürgerkriegen gelitten haben. Derart können rigide Formen von Seuchenkontrollen auch das Gegenteil bewirken. Wenn sie nicht verstanden werden, schüren Quarantänemaßnahmen, so notwendig sie sind, das Misstrauen. Wenn im Verdachtsfalle ganze Wohnviertel abgeriegelt werden, wenn Menschen unter Quarantäne verdursten, macht sich der Eindruck breit, nur ein weiteres Mal ausgeschlossen zu werden.

Die Probleme, die heute zu lösen sind, weisen weit über Seuchenkontrolle hinaus. Eine Gesundheitspolitik, die sich den bestehenden Herausforderungen stellen will, muss um Vertrauen bemüht sein. Sie muss den Menschen in Westafrika mit Respekt begegnen und zu erkennen geben, dass es ihr mit der Bekämpfung der Gründe, die den Ausbruch von Ebola außer

Kontrolle geraten ließen, ernst ist. Sie muss eine Idee davon haben, wie sie der sozialen Ungleichheit, die die gegenwärtige Krise angefeuert hat, begegnen will. Die Orientierung an drei „R“ – an Rechten, Regulierung und Redistribution, also Umverteilung – könnte dabei helfen.

Rechte sind notwendig, weil nur so das Bemühen um Gesundheit zu einer gesellschaftlichen Verpflichtung wird. Weil Krankheit arm und Armut krank macht, kann die Sorge um die Gesundheit weder der Eigenverantwortung der Leute überlassen bleiben noch an private Akteure delegiert werden. Nur dort, wo öffentliche Gesundheitssysteme existieren, die allen, unabhängig von ihrem Einkommen oder Vermögen, zugänglich sind, kann das Menschenrecht auf Gesundheit verwirklicht und eine Krankheit wie Ebola wirksam bekämpft werden. Statt sich auf die selektive Bekämpfung einzelner Krankheiten, auf Impfprogramme oder Familienplanung zu beschränken, muss künftige internationale Gesundheitszusammenarbeit auf die Stärkung flächendeckender öffentlicher Gesundheitssysteme setzen. Dabei könnte die WHO eine zentrale koordinierende Rolle übernehmen.

Regulierung ist notwendig, weil es in erster Linie soziale und ökonomische Missstände sind, die über den Gesundheitszustand von Menschen entscheiden. Die Vorstellung, Gesundheit über das individuelle Verhalten beeinflussen zu können, etwa, indem man sich regelmäßig die Hände wäscht oder gesund ernährt, gerät dort an Grenzen, wo sich die Leute weder sauberes Wasser noch ausreichend Nahrung leisten können. Strukturelle Prävention muss deshalb über den Gesundheitsbereich hinausgehen. Nicht bi- und multilaterale Handelsverträge zum Schutz der Interessen von Investoren sind erforderlich, sondern Verträge, mit denen die Wirtschaft grenzüberschreitend sozial eingeeht wird. So ist es höchste Zeit, jenem Landgrabbing Einhalt zu gebieten, in dessen Folge

heute immer mehr Menschen ihrer Subsistenz beraubt und in lebensfeindliche Slums und Waldgebiete abgedrängt werden. Überfällig sind internationale Übereinkünfte zum Schutz von Mensch und Umwelt vor ungezügelter Rohstoffabbau, die Kontrolle illegaler Finanzströme und des Waffenhandels, aber auch die Durchsetzung eines Paradigmenwechsels in der Gesundheitsforschung, die gegenwärtig vor allem an Profit ausgerichtet ist. Es sind solche ökonomischen „Pathologien“, die zu Umständen geführt haben, unter denen sich Ebola ausbreiten konnte.

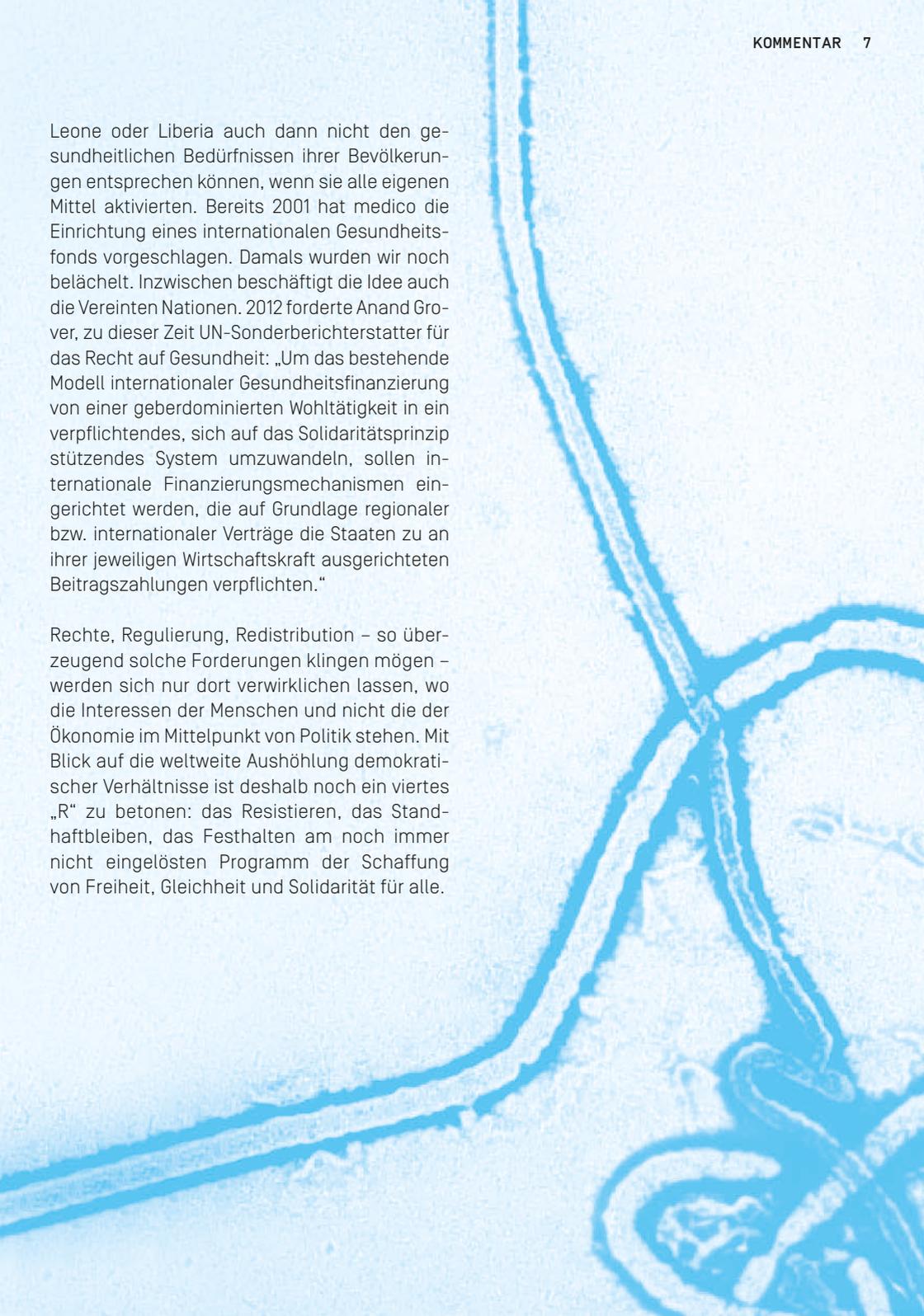
Umverteilung ist notwendig, weil der Aufbau von funktionierenden Gesundheitsdiensten mit klammen öffentlichen Kassen nicht gelingt. Ohne massive Erhöhung der öffentlichen Ausgaben werden sich weder die Ursachen von Ebola noch die anderer gesundheitlicher Herausforderungen bekämpfen lassen. Die Forderung nach mehr Raum für Politik, die heute auf allen Ebenen – von Kommunen bis zu internationalen Organisationen – laut wird, ist zuallererst die Forderung nach einer Erweiterung der finanziellen Handlungsmöglichkeiten politischer Gemeinwesen.

Um allen Menschen den Zugang zu Bildung, Gesundheit und den anderen essenziellen Gemeingütern zu ermöglichen, bedarf es einer sozial gerechten Lasten- und Umverteilung sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen den Staaten. Gesetzlich geregelte Solidarsysteme, ob beitrags- oder steuerfinanziert, beruhen darauf, dass diejenigen, die mehr haben, auch für die Versorgungsbedürfnisse ärmerer und einkommensloser Menschen eintreten.

Mit Blick auf den erreichten Globalisierungsgrad ist es Zeit, dieses Solidarprinzip, das Grundlage jeder solidarisch finanzierten Daseinsvorsorge ist, ins Globale auszuweiten. Ohne einen solchen solidarischen Ausgleich werden Sierra

Leone oder Liberia auch dann nicht den gesundheitlichen Bedürfnissen ihrer Bevölkerungen entsprechen können, wenn sie alle eigenen Mittel aktivierten. Bereits 2001 hat medico die Einrichtung eines internationalen Gesundheitsfonds vorgeschlagen. Damals wurden wir noch belächelt. Inzwischen beschäftigt die Idee auch die Vereinten Nationen. 2012 forderte Anand Grover, zu dieser Zeit UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Gesundheit: „Um das bestehende Modell internationaler Gesundheitsfinanzierung von einer geberdominierten Wohltätigkeit in ein verpflichtendes, sich auf das Solidaritätsprinzip stützendes System umzuwandeln, sollen internationale Finanzierungsmechanismen eingerichtet werden, die auf Grundlage regionaler bzw. internationaler Verträge die Staaten zu an ihrer jeweiligen Wirtschaftskraft ausgerichteten Beitragszahlungen verpflichten.“

Rechte, Regulierung, Redistribution – so überzeugend solche Forderungen klingen mögen – werden sich nur dort verwirklichen lassen, wo die Interessen der Menschen und nicht die der Ökonomie im Mittelpunkt von Politik stehen. Mit Blick auf die weltweite Aushöhlung demokratischer Verhältnisse ist deshalb noch ein viertes „R“ zu betonen: das Resistieren, das Standhaftbleiben, das Festhalten am noch immer nicht eingelösten Programm der Schaffung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität für alle.



Wer Wind s

Philippinen: Ein Jahr nach



Fischer per Schiff, Bäuerinnen zu Fuß und Studierende per Bus – von überall her reisen Demonstranten zu den Protesten anlässlich des Jahrestages des Taifuns nach Tacloban.

ät...

dem Taifun

Gerechter Wiederaufbau?
Die Regierung hat ihre
Versprechen gebrochen.
Der Protest wächst

Von Bernd Eichner

Die Wellen am Strand von Tacloban plätschern ruhig dahin. Nur eine leichte Brise lässt die Fahnen all derer flattern, die sich heute an diesem symbolträchtigen Ort versammeln. Knapp ein Jahr ist es her, dass hier der stärkste jemals gemessene Taifun auf Land traf. Eine tsunamigleiche Sturmflut zerstörte die Stadt und zog eine Schneise der Verwüstung durch die Inselgruppe der Visayas. Heute aber warten hier Hunderte auf den Beginn einer neuartigen Flut – einer Menschenflut.

Dann geht es los. Eine Armada von Fischerbooten und hölzernen Fährschiffen taucht am Horizont auf. Die meisten sind geschmückt mit der Fahne von PeopleSurge. Diesen Namen gab sich die Bewegung der Überlebenden des Taifun Haiyan. Als die Boote näher kommen, bildet sich eine Menschenkette. Parolen werden gerufen, die Ankommenden begrüßt. „Da sind unsere Boote!“, ruft mir Ian von der philippinischen medico-Partnerorganisation SOS zu. Mitten im Getümmel begrüßen wir die Fischer aus Basey von der anderen Seite der Bucht auf der Insel Samar. Der Taifun hatte auch ihre Lebensgrundlagen zerstört. SOS versorgte die Fischereikooperative mit neuen Booten und Netzen. Unterdessen wird die Ansammlung immer größer. Die Bauern von der Nachbarinsel kommen an, schließlich treffen auch Busse mit Aktivisten aus der Hauptstadt Manila ein. Die Kundgebung zieht um auf den schattigen Campus der Universität.



Als dort auch noch die Studenten aus Solidarität geschlossen die Seminarräume verlassen, können die Protesttage zum Jahrestag beginnen.

Ganz vorne mit dabei ist Dr. Efleda Bautista. Sie promovierte einst in Frankfurt am Main in Erziehungswissenschaften über „Pädagogik in der Dritten Welt“. Später unterrichtete sie auf den Philippinen und war Vorsitzende der Lehrgewerkschaft. Nach der Pensionierung zog sie zurück in ihre Heimatstadt Tacloban. Dann kam der Taifun. Empört über die Untätigkeit der Regierung, suchte sie nach Mitstreitern – und fand sie, schnell und in großer Zahl. Ein Jahr später ist die erfahrene Politaktivistin zum Sprachrohr der Katastrophenüberlebenden geworden. „Niemals werden wir die Unfähigkeit der Regierung Aquino vergessen, die 18.000 unserer Verwandten und Freunde das Leben gekostet hat“, beginnt sie ihre Rede.

Die Wut ist groß

Kritik an der Katastrophenhilfe der Zentralregierung bestimmt die Nachrichten auf den Philippinen und bringt den Präsidenten zunehmend in die Defensive. Efleda hat Präsident Aquino, genannt NoyNoy, öffentlich aufgefordert, am Jahrestag nach Tacloban zu kommen, um sich den Anliegen der Überlebenden zu stellen. Der Präsident aber reiste lieber woandershin. „NoyNoy hat Angst, von den Überlebenden durch die Straßen gejagt zu werden. Die Wut ist groß“, sagt Efleda. Tatsächlich kann PeopleSurge nicht mehr so leicht ignoriert werden. Auch die Versuche, die Bewegung durch Verunglimpfungen als bezahlte Demonstranten oder „Kommunisten“ zu isolieren, haben nicht verfangen. Am Ende werden es fast 20.000 sein, die sich allen Transportschwierigkeiten und behördlichen Einschüchterungen zum Trotz den Demonstrationen anschließen. „Ein großer politischer Erfolg“, urteilt Efleda.



Erfahrene Aktivistin: Dr. Efleda Bautista

Beim nachmittäglichen „Protest-Hopping“ bildet der örtliche Ableger des Sozialministeriums die erste Station. „Wo sind die Hilfgelder geblieben?“, skandieren die Demonstranten. Aus den sozialen Netzwerken kennen sie Bilder, die zeigen, dass Reis aus Hilfslieferungen palettenweise in den Warenlagern des Ministeriums verfault. Auch finanzielle Unterstützung haben nur die wenigsten erhalten. Der Sprecher des zum Lautsprecherwagen umgebauten Sammeltaxis fordert die Direktorin auf, aus ihrem Büro zu kommen und sich zu erklären. Doch sie bleibt hinter den Polizisten verschont, die das Tor beschützen. Kurz wird es hektisch. Ein Schild wird aus der Verankerung gerissen. Als der große Weihnachtsbaum umfällt, sind alle etwas erschrocken und ziehen weiter zum symbolischen Sturm auf den Sitz der Provinzregierung.

Die Zahlen geben den Demonstranten Recht. Eine von medico unterstützte Studie der Forscher der IBON Foundation belegt, dass die Behörden ihre selbst gesetzten Ziele bei weitem

nicht erreicht haben. IBON-Geschäftsführer Sonny Africa zählt Beispiele auf: „Von 1,5 Millionen Familien, die finanzielle Hilfen aus dem Fonds der Regierung erhalten sollen, haben erst 215.471 tatsächlich Zahlungen erhalten. Mehr als 1,2 Millionen Häuser wurden beschädigt oder zerstört, aber erst 364 neue wurden errichtet.“ Bei der Instandsetzung von Klassenzimmern und Gesundheitsstationen sähe es nicht besser aus und noch immer funktionierten drei Viertel des Gesundheitswesens nicht. Die Sozialwissenschaftler haben auch mehr als 1.000 Betroffene in ihren Gemeinden aufgesucht und befragt. Dass nach dem Taifun keine Hungersnot oder Seuchen ausgebrochen sind, sei kein Verdienst des nationalen Katastrophenschutzes. Vielmehr sei die Hilfe in der ersten Woche von Verwandten, Nachbarn und Freunden geleistet worden, später auch von lokalen und internationalen NGOs. Aber nur jeder Zehnte gab an, von der nationalen Regierung unterstützt worden zu sein.

Privatisierung statt Wiederaufbau

Am Hafen haben sich inzwischen Tausende zur Abschlusskundgebung eingefunden. Viele haben das Demo-Motto „Gerechtigkeit für die Überlebenden des Taifun Yolanda!“ – so heißt Haiyan hier – auf Reissäcke gemalt oder tragen selbst gebastelte Rettungsringe um den Hals. Auf der Bühne geißelt Efleda Bautista diesmal nicht nur das Ausbleiben der Hilfe: „Der Wiederaufbauplan der Regierung ignoriert die Bedürfnisse der Überlebenden. Es profitieren nur die mit der Regierung Aquino verbundenen Unternehmen von der zunehmenden Privatisierung und großen Infrastrukturprojekten.“ Die Ausgabe von Saatgut in Verbindung mit Mikrokrediten stürze die Kleinbauern in die Schuldenfalle. Und sie kritisiert die „No-Build-Zone“, derzufolge in einem 40 Meter breiten Abschnitt entlang der Küste Wohnunterkünfte verboten, kom-

merziell genutzte Gebäude hingegen erlaubt sind. Diese vermeintlich dem Katastrophenschutz dienende Maßnahme sei ein Instrument der neoliberalen Umstrukturierung. Tatsächlich thront nicht weit von der Bühne entfernt eine neu errichtete McDonalds-Filiale an der Rizal Avenue – keine 10 Meter von der Hafemauer entfernt. Daneben wird eifrig an einem Einkaufszentrum gebaut. Es ist vermutlich nur eine Frage der Zeit, bis die zahlreichen Hütten der verarmten Stadtbevölkerung entlang des Wassers weiteren Bauprojekten in attraktiver Meerlage weichen müssen. Im neuen Tacloban sind keine Unterkünfte der Armen vorgesehen, zumindest nicht in Sichtweite der Tourismusanlagen und Zentren der IT-Industrie.

Am nächsten Morgen steht ein Projektbesuch bei den Bauern aus Pinabacdao in der Gemeinde Pelaon an. Mit Rosalinda, Nonie, Ian und Mighty vom SOS-Team aus dem Büro in Palo auf der Insel Leyte geht es über die längste Brücke der Philippinen nach Samar. Irene, die das Wiederaufbauprojekt maßgeblich betreut, treffen wir erst im Dorf selbst. Es ist nicht ungewöhnlich, dass SOS-Mitarbeiter über Wochen in den Gemeinden leben. Nachdem wir das Auto am Highway geparkt haben, werden Gummistiefel verteilt. Selbst mit dem besten Geländewagen ist Pelaon nicht zu erreichen. Für Vertreter großer Hilfsorganisationen, die sich nur in ihren Autos mit GPS-Standortverfolgung bewegen dürfen, ist hier Schluss. Wir laufen los. Nach 200 Metern verliert sich die schmale Teerstraße in fast knietiefem Matsch. „Was du hier siehst, ist eine 180.000 Euro teure Straße“, lacht Nonie. „Leider existiert diese Straße nur auf dem Papier.“ Die Gelder sind verschwunden, vermutlich in den Taschen des Landrates, der die Dokumente über die erfolgreiche Fertigstellung unterschrieben hat. Er ist ein mächtiger Geschäftsmann und Landbesitzer aus Pinabacdao, der gleichzeitig über die Zuteilung von Hilfsgeldern und -gütern entschei-

det. Die Bewohner Pelaons bezichtigen ihn der Korruption. Der Landrat wiederum hält das Dorf für ein Rebellenest undankbarer Kleinbauern.

Ungelöste Landfrage

Nach zwei Stunden „Matschwaten“ gelangen wir an das Ziel, wo uns Mitglieder der örtlichen Bauernorganisation erwarten. Begeistert führen sie Vieh und Maschinen vor, die SOS nach dem Taifun geliefert hatte, um den Menschen einen Neuanfang zu ermöglichen. Dann geht es auf die Gemeinschaftsfelder. Es gilt keine Zeit zu verlieren, der Reis muss geerntet werden. „Es ist schon die zweite Ernte seit dem Taifun und wir haben immer noch Vorräte von der letzten“, berichtet Bauernpräsident Jerry Tobique mit sichtlichem Stolz: „Früher hatten wir keine Wasserpumpe und konnten höchstens einmal im Jahr ernten. Dank der Unterstützung durch SOS bauen wir jetzt zusätzlich Erdnüsse und Gemüse an.“ Das größte Problem bleibt allerdings die Landfrage – ein Erbe des spanischen Kolonialismus, der rund 300 Jahre über die Philippinen herrschte und in der Dominanz des Großgrundbesitzes überdauert. Nur 18 Hektar dürfen die rund 200 Mitglieder der Bauernkooperative gemeinschaftlich bewirtschaften. Möglich und nötig wäre ein Vielfaches. So bleibt den meisten keine andere Wahl, als Land bei den Feudalherren zu pachten oder sich als Tagelöhner zu verdingen.

Im Nachbardorf Nabong, das ebenfalls von SOS beim Wiederaufbau unterstützt wird, ist die Situation ähnlich. Die Gemeinschaftsfarm kommt hier immerhin auf 42 Hektar. Allerdings sind von den rund 600 Einwohnern nur 75 in der Kooperative organisiert. „Das Interesse ist groß, aber die Angst noch größer“, erklärt Erning. Er ist Kleinbauer und seit der Ermordung seines Vorgängers im Juni örtlicher PeopleSurge-Sprecher. Damals, am 29. Juni 2014, habe Rodolfo Basa-

da, Schmied von Beruf, in der Werkstatt gearbeitet, berichtet seine Witwe. Als sie zwei Schüsse hörte, sei sie aus dem Haus gelaufen, um zu sehen, was los ist. Getroffen sah sie ihren Mann zusammensacken und vier Maskierte auf Motorrädern davonfahren. Die Täter vermutet sie in Reihen der Armee: „Niemand außer ihnen hätte einen Grund, meinen Mann umzubringen. Seine politischen Aktivitäten waren ihnen seit langem ein Dorn im Auge.“

Auch Erning wird von Militär bedroht. „Sie wollen, dass ich aufhöre, die Leute zu organisieren. Die politischen Dynastien fühlen sich von unserem Kampf für unsere Rechte bedroht. Eine Landreform wollen sie um jeden Preis verhindern.“ Auf der Fahrt zurück ins SOS-Büro bedrückt mich der Gedanke, bei meinem nächsten Projektbesuch womöglich nicht mehr mit dem sympathischen Bauernaktivisten reden zu können. „Die Kultur der Straflosigkeit ist ein Riesensproblem. Deshalb sind wir auch so froh über die Unterstützung von medico. Nicht nur wegen der Spenden. Wenn die Soldaten dich oder euer Logo sehen, sind sie erstmal vorsichtig“, sagt SOS-Geschäftsführerin Rosalinda. „Schreib ruhig über Erning. Aufmerksamkeit aus dem Ausland ist das Einzige, was ihn beschützen kann.“ Diesen Wunsch erfülle ich gerne.

medico international unterstützt seine philippinische Partnerorganisation Samahang Operasyong Sagip (SOS), ein Netzwerk aus Gesundheitsorganisationen, das neben Katastrophenvorsorge auch Nothilfe leistet, seit dem Taifun Haiyan mit 1,1 Millionen Euro. Die Aktivitäten des Netzwerkes haben seit Dezember 2013 mehrere Zehntausend Menschen erreicht. Doch noch immer ist die Not vielerorts groß.

Spendenstichwort: Philippinen



Dank der Hilfe von SOS können die Bauern der Kooperative von Pelaon jetzt zwei Mal im Jahr ernten. Feudale Landrechte aber zementieren die Armut.



Kleinbauer Erning ist örtlicher PeopleSurge-Sprecher. Sein Vorgänger ist vor wenigen Wochen ermordet worden.

Verkaufte Tropen

Alle Fotos: Manuel Sandiffo

Blick von der agroökologischen Finca Flor de Mayo auf Punta Gorda. Hier sollen künftig Riesenfrachter in einer Größe von 366 Meter Länge und 50 Meter Breite fahren und die Finca verschwinden.

Der Nicaragua-Kanal: Eine Reportage über das Entwicklungsmodell der Ortega-Regierung und den Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung

Von Katja Maurer

Elba Rivera ist eine große, schöne Frau in den 50ern. In ihrem offenen Gesicht mit den vollen Lippen und dem warmen Blick scheint sich die Vielfalt all derer zu finden, die Nicaragua bevölkern. Elba ist eine stolze Frau und trägt die Erfahrung aus einer Familie in sich, in der Analphabetismus und eine zweistellige Kinderzahl pro Familie noch die Regel war. Wenn sie spricht, mit geradem Rücken und lauter tiefer Stimme, wirft sie ihr langes lockiges Haar nach hinten, in dem schon ein silbriges Grau glitzert. Im tiefen Nicaragua, wo der Regenwald beginnt und die Dörfer und Städte etwas Provisorisches haben, als sei das Land gerade erst besiedelt worden, ist Elba Leiterin einer Montessori-Schule. Vor zwölf Jahren hat das Bauernmädels, in dessen Elternhaus keine Wände existierten, um die Nähe zur Natur zu bewahren, die Schule nach einem Pädagogikstudium in Tübingen gegründet. Hier in Nueva Guinea, 250 Kilometer und fünf Fahrstunden von Managua entfernt, besuchen mehr als dreihundert Kinder aus der nahen und weiteren Umgebung gegen eine symbolische Gebühr die Schule. Sie erleben eine Pädagogik der Selbstbestimmung, die nichts mit dem in Nicaragua gängigen autoritären Frontalunterricht zu tun hat.

Doch an diesem Samstag, kurz vor dem Tag der Toten, bevölkern nicht Schüler das vom Regen durchweichte Areal. In der Regenzeit im Regenwald sind aus den umliegenden Gemeinden vorwiegend Männer gekommen, viele unter-

setzt, mit Cowboystiefeln und breitkrempigen Hüten, um mit uns zu reden. Wer sich aus den Ortschaften La Unión, Buenos Aires oder Santa Rita vor diesem hohen Feiertag auf den beschwerlichen, mehrstündigen Weg nach Nueva Guinea macht, dem brennt es unter den Nägeln. Es gibt nur noch ein Thema in dieser Region: Der Nicaragua-Kanal, das Megaprojekt der Ortega-Regierung, das das Land in die Moderne katapultieren und für den globalen Markt mit seinem infrastrukturellen Verlangen attraktiv machen soll.

Eigentlich sollten zu dem Treffen in der Alternativschule nur vier Vertreter kommen, um über die Lage in ihren Gemeinden zu berichten. Doch nun sitzen wir in einer Runde mit 30 Bauern und Viehzüchtern, die sich alle vorstellen und immer das eine zu berichten haben: Auf ihrem Hof seien chinesische Vermesser unter Polizei- und Militärschutz erschienen und hätten ihr Land und ihre Häuser vermessen. Das begann im August 2014. Seither grassiert an der geplanten Kanalroute die Angst. 277 Dörfer könnten betroffen sein, wenn die Kanalroute so verläuft, wie die Regierung bislang ankündigt.

Pablo Duarte, mit Dreitagebart und großer Brille, der Koordinator des „Komitees zur Verteidigung der Erde“ im seit 40 Jahren existierenden Dorf La Unión, sagt: „Wir haben die Kanalpläne lange nicht ernst genommen.“ Erst als die Chinesen erschienen, habe man verstanden, was die



Bauernversammlung in Nueva Guinea: „Wir können das Gesetz 840 auswendig herunterbeten.“



Pablo Duarte, Bauer aus La Unión: „Wir brauchen eure Hilfe.“

Stunde geschlagen hat. Längst können die versammelten Bauern, die sich weder für Politik noch für juristische Paragraphen interessieren, das Gesetz 840 herunterbeten, mit dem das nicaraguanische Parlament vor einem Jahr im Eiltempo eine von Präsident Ortega vorgelegte hundertjährige Konzession zum Bau des Nicaragua-Kanals an den Hongkonger Unternehmer Wang Jing durchgewunken hat. „Wir sind ein kleines und armes Land, wir können es doch nicht mit den Chinesen aufnehmen“, sagt Bauer Duarte und breitet hilflos seine Arme aus. Er wie all die anderen Anwesenden hofft, dass wir das Ausland informieren über das, was sie als Ausverkauf des Landes empfinden.

Megaprojekt der Megaprojekte

278 Kilometer lang, bis zu 530 Meter breit und rund 30 Meter tief soll der Kanal werden. „Unter dem Dach des Kanals“, meint Roberto Stuart Alemendarez, ein Soziologe, mit dem medico immer wieder zusammengearbeitet hat, „bündelt und legitimiert die Ortega-Regierung eine Vielzahl von kleineren Megaprojekten“. Die Ortega-Regierung, so Stuart, habe seit dem Wahlsieg 2007 eine vertikale Struktur bis in die abgelegenen Gemeinden geschaffen, die gut geschult diese durchsetzen könne. Das Kanalprojekt ist populär selbst bei denen, die keine Ortega-Anhänger sind. „Man kann damit Projekte legitimieren, die sonst auf größeren Widerstand stoßen würden“, so Stuart.

Ob der Kanal jemals wirklich gebaut wird, ist völlig unklar. Denn bei allen geostrategischen Interessen, die man dem chinesischen Investor Wang Jing und seinen möglichen Hintermännern unterstellen mag – die ökonomische Rentabilität des Kanals gilt als äußerst zweifelhaft. Gerade wird auch der Panama-Kanal für große Schiffe ausgebaut. Die Route durch Nicaragua wäre dreimal so lang und die Hindernisse, die das Projekt vor 100 Jahren schon einmal scheitern ließen, gibt es nach wie vor. Regelmäßige Hurrikans an der Atlantikküste und die Erdbebengefahr haben seinerzeit den Ausschlag für Panama gegeben. Hinzu kommt, dass das Kanalprojekt gewaltige ökologische und soziale Probleme aufwirft. So würde er das Land in zwei Teile spalten – wobei der südliche sich infrastrukturell eigentlich an Costa Rica anschließen müsste. Über ein Drittel der Route führt durch den Nicaragua-See, auch Cocibolca genannt, einer der größten Seen der Erde. Dieser ist aber nicht sehr tief. Man müsste ihn entweder ausbaggern oder mit Wasser auffüllen, so dass Inseln, die heute touristische Anziehungspunkte sind, untergehen würden. Der Kanal würde viele Kilometer durch Naturschutzgebiet, Regenwald

und feuchte Tropen führen, wo es neun Monate im Jahr regnet. Ein Megaprojekt also in einer äußerst sensiblen Landschaft, die in der Lage ist, extreme Trockenheit ebenso wie scheinbar unendliche Wassermengen in einem ausgeklügelten Ökosystem auszuhalten. Wofür braucht man also die Anrufung des Projekts, dessen Sprecher Talavera gerade verkündete, dass die Baumaßnahmen noch im Dezember 2014 beginnen würden?

Geheimhaltung als Prinzip

„Totale Intransparenz“, schimpft die Anwältin Mónica López Baltodano, sei für das Kanalprojekt kennzeichnend. López Baltodano ist um die 30 und ihrer Mutter, einer ehemaligen sandinistischen Guerillakämpferin, wie aus dem Gesicht geschnitten. Sie verkörpert eine neue, junge Generation in Nicaragua. Gut ausgebildet und welterfahren, die revolutionäre Vergangenheit ihrer Eltern mitsamt der Hoffnungen und Enttäuschungen im Bewusstsein, aber doch mit einer politischen Sozialisation und Sprache, die sich fern vom revolutionären Pathos, aber nicht von dessen Inhalten hält. López Baltodano hat Politologie und Jura studiert und sich lange am renommierten Humboldt-Zentrum in Nicaragua mit Umweltfragen beschäftigt. Die Pläne zum interozeanischen Kanal haben ihr Leben von Grund auf verändert. Denn sie reichte persönlich Verfassungsklage gegen Präsidenten Ortega und das Parlament ein. „Das Kanalgesetz 840 verstößt gegen mindestens 40 Punkte der Verfassung Nicaraguas“, erklärt López Baltodano mit ernstem Gesicht. In ihrem kleinen schummrigen Büro bei der Umweltorganisation Popolna scheppert leise die Klimaanlage, während sie an einem runden Besprechungstisch, der auch noch irgendwie in das Büro gequetscht wurde, die wesentlichen Punkte erläutert. Ein entscheidender: Die laut Verfassung vorgeschriebene Konsultation der Betroffenen hat

nicht stattgefunden. In den indigenen Territorien an der Atlantikküste, die einen Autonomiestatus besitzen, kann ohne die Einwilligung der Autonomiebehörden gar kein Land enteignet werden. Dennoch seien die Konzessionen an Wang Jing vergeben worden. Und was für Konzessionen! Für den Investor wurden spezielle Gesetze verabschiedet, die am gleichen Tag im Parlament beschlossen wurden, so López Baltodano, an dem auch die der Geheimhaltung unterliegende Vereinbarung zwischen Regierung und Investor unterzeichnet wurde. „Das Parlament hat sich in eine Gesetzesfabrik für den Investor verwandelt.“ Die Folgen dieser Gesetze sind, dass nicht nur Zehntausende Menschen enteignet werden, ohne dass die Höhe der Entschädigung klar ist. Außerdem wurden im Rahmen der Kanalverträge weitere Großprojekte – der Bau zweier Tiefseehäfen, die Errichtung von Luxustouristenressorts an der Pazifikküste, der Bau einer Eisenbahn, die Einrichtung weiterer Freihandelszonen und vieles Unbekanntes mehr – als Konzession auf mindestens 100 Jahre an den Investor vergeben. Dieser hat mit seiner Holdinggesellschaft ein undurchsichtiges Spinnennetz geschaffen, darunter viele Briefkastenfirmen, manche davon mit Sitz auf den berühmten Cayman-Inseln.

Diese Nebenprojekte sind „eine geheimnisvolle Wunderkiste“, meint López Baltodano. Und möglicherweise gehe es weniger um den Kanal als vielmehr um sie. Denn viele der bislang bekannten Nebenprojekte könnten sich ökonomisch durchaus rechnen. Aber Steuerfreiheit wurde dem Investor gewährt und die Gesetze seien so angelegt, dass sich das Territorium des Kanals, zu dem auch das Land jeweils zehn Kilometer nördlich und südlich davon gehören, außerhalb nicaraguanischen Gesetzes befinde. Alles bestimmt ein Geheimvertrag, der von einer der bedeutendsten Wirtschaftsanzwältskanzleien in Boston aufgesetzt wurde. Man darf annehmen, dass das Ganze wasserdicht ist. Und da-

mit sei der nicaraguanische Staat haftbar für alles, was die Investitionen durch politische Prozesse oder lokalen Widerstand behindert, meint die junge Anwältin.

Das gesamte Kanalprojekt mit all seinen gesetzlichen Implikationen ist in Windeseile seit 2013 durchgezogen worden. Mónica López Baltodano hat ihre Klage vor dem Verfassungsgericht Ende 2013 verloren. „Das Gericht ist in sandinistischer Hand.“ Mónica López Baltodano war über das Ergebnis daher nicht überrascht. Aber in ihrer Klagebegründung verweist sie auf die Entstehungsgeschichte der Verfassung: 1986 wurde sie nach Monaten von lokalen Beratungen verabschiedet. 100.000 Bürger wurden einbezogen. 73 offene Versammlungen hat es gegeben, 1.800 schriftliche Eingaben wurden in neun Debatten des Parlaments diskutiert und die Verfassung entsprechend geändert. So müsste Beteiligung an einem Projekt wie dem Kanal auch aussehen. Von dieser basisdemokratischen Tradition habe sich die Gruppe um Ortega aber verabschiedet, resümiert Mónica López Baltodano.

Der Widerstand

Im Regenwald regnet es. Das ist eine banale Feststellung, wenn man nicht weiß, was das bedeutet. Nach der Versammlung in Nueva Guinea fahren wir mit Elba, der Montessori-Lehrerin, ins Herz des Kanalprojekts. Von Puerto Principe aus, einer matschigen Kleinstadt aus zweigeschossigen Holzhäusern, fahren wir mit dem Boot den Fluss entlang, der künftig Teil des riesigen künstlich aufgestauten Atlanta-Sees würde, der das für die Staustufen erforderliche Wasser liefern soll und in dem eine Teilstrecke des Kanals verlief. Das Boot besteht aus zusammengeschweißtem Altmetall, die Bänke aus alten Brettern. Mit einer dicken schwarzen Plastikplane schützen wir uns vor dem unauf-



Das Leben am Fluss ist mit den Kanalplänen aus den Fugen geraten.

hörlichen Regen. Nur durch kleine Löcher schauen wir auf die Flusslandschaft aus tropischen Bäumen, weidenden Rindern und einfachen, aber verzierten Holzhäusern. Das schlammige Braun des Flusses und der grau verhangene Himmel werden uns zwei Tage begleiten, ebenso die klamme Wärme, an die man sich mit der Zeit gewöhnt, bis man sie fast als angenehm empfindet. Wir fahren nach Polo de Desarrollo – ein Modelldorf, das nach 1990 von Violetta Chamorro, der Siegerin über Ortega, mit entwaffneten Contra-Kämpfern errichtet wurde. Sie alle erhielten ein Stück Land und betreiben seither hier Viehzucht.

Das Dorf liegt am Rand des Naturschutzgebiets Cerro Silva. Doch der Regenwald ist für das Vieh vielerorts gerodet worden. Wir kommen in tiefer Dunkelheit an, als erstes werden Taschenlampen gekauft. Es regnet immer noch, aber auf

dem Dorfplatz liegen alte Betonplatten, die vor dem Matsch schützen. Schon am Abend besuchen uns der Dorflehrer, ein junger Mann, und ein hagerer Ladenbesitzer, einer der wenigen Sandinisten des Dorfes. Beide wollen interviewt werden, das Redebedürfnis ist groß. Auch sie mutmaßen, dass sie, nicht oder zu gering entschädigt, in bitterer Armut enden werden. Sie fürchten, wie damals während des Contra-Krieges, in Auffangsiedlungen zu landen. Sie miss-trauen den Versprechungen der Moderne zu-tiefst. Alle Bauern, die hier leben, haben große Grundstücke, auf denen sie Vieh züchten. Manche betreiben auch ökologische Waldwirtschaft, die Elbas Mann Gerd Schnepel in den 1980er Jahre als Konzept hierher gebracht hat. Trotz fehlenden Wasser- und Stromleitungen haben sie etwas zu verlieren. Nämlich ihre Unabhängigkeit – und das ist anders als nur ökonomisch gemeint. Der Bauer mit seinem Land und sei-



Alfonso Nuñez Bravo betreibt zusammen mit seiner Familie ökologische Waldwirtschaft und ist Dorfchronist. Er will seine Finca auf keinen Fall aufgeben.



Elba Riveras leitet die Montessori-Schule in Nueva Guinea und ist eine der Sprecherinnen gegen den Kanal: „Ich lasse mich vom Protestieren nicht abhalten, auch wenn man mir Schwierigkeiten für die Schule androht.“

nem Pferd, mit konservativem Familienbild und Siedlermentalität, ist vielleicht das Gegenstück zum Wachstumskapitalismus, den die Ortega-Sandinisten über Nicaragua bringen wollen. Immerhin leben in Nicaragua noch etwa 44 Prozent der Bevölkerung auf dem Land.

Das Modernisierungsprojekt der Ortega-Regierung setzt nahtlos an dem ihrer neoliberalen Vorgänger an. Zugleich aber fließen gerade die Gewinne aus dem venezolanischen Erdöl über Kassen der Partei vor allen Dingen an die eigene Klientel. Eine nennenswerte oder gar nachhaltige Bekämpfung der Armut ist der Ortega-Regierung bislang nicht gelungen. Die „Diktatur des Versprechens“, wie manche unserer Gesprächspartner die recht autokratisch regierende Ortega-Regierung charakterisieren, stößt deshalb bei den betroffenen Bauern auf aller-

größtes Misstrauen. Lieber traut man sich selbst. Seit September finden deshalb entlang der künftigen Kanalroute Demonstrationen statt. Am Anfang waren es einige Hunderte. Jetzt demonstrieren schon Tausende. In Rivas, einem Ort an der Pazifikküste, warn es am 4. November 3.500 Menschen, die meisten von ihnen Anhänger der Sandinisten. Am 10. November, wenige Tage nach unserer Abreise, kamen auch in Polo de Desarrollo wieder so viele Menschen zum Protest zusammen. Am Telefon berichtet Octavio Ortega, einer der Sprecher aus Rivas, von der letzten Demonstration: „Wir verlieren die Angst. Seit vier Jahren hat es solche Demonstrationen in Nicaragua nicht gegeben. Überall in den Gemeinden gibt es Komitees und jeder aus der Gemeinde ist Mitglied.“ Die Gesetze für den Kanal, so Ortega, seien grausam. „Im Namen des Kanals kann man jeden überall in Nicaragua enteignen.“ Und mit der Euphorie der Verzweiflung verweist er auf die Aufstandsbe-
 wegung in Ägypten. „Wir haben einen Aktionsplan. Am 10. Dezember 2014 demonstrieren wir in Managua.“

Auf dem Rückweg aus Polo de Desarrollo reden wir im Boot über unsere Eindrücke. Der Flusspegel ist in den zwei Tagen um fast vier Meter angestiegen. Immerzu müssen wir unsere Köpfe einziehen, weil die Bäume tief im Wasser stehen und die Äste unseren Weg kreuzen. Elba Rivera, die uns den Kontakt zu all den Bauern ermöglichte, ist selbst von dem Kampfeswillen der Menschen beeindruckt. Aber sie bleibt eine nüchterne Frau: „Man wird versuchen, die Bauern in Contras und Sandinisten zu spalten, in Mestizen und Indigene. Und am Ende wird man versuchen, den Widerstand zu brechen, indem man einige wichtige Führer rauskauft.“ Die Chancen, meint sie, diesen Kampf gegen das Megaprojekt zu gewinnen, seien nicht groß.

Doch anderthalb Wochen später findet in ihrem Heimatort Nueva Guinea die 14. Demonstration

gegen den Kanal seit September statt. Anderthalb Kilometer zieht sich der Zug der Bauern aus allen Dörfern, in denen auch wir auf unserer Reise Vertreter kennengelernt haben. Dabei auch Bewohnerinnen und Bewohner aus dem viele Stunden entfernten Polo de Desarrollo. Sie sind gekommen, obwohl die Demonstration nicht erlaubt und den Lastwagenbesitzern mit Entzug der staatlichen Subventionen gedroht wurde. Elba Rivera war eine der Rednerinnen vor den vielen Tausenden – der ersten großen sozialen Bewegung gegen ein schonungsloses Entwicklungsmodell des Ausverkaufs in Nicaragua. „Weder für die Bauern noch für die Menschheit ist der Kanal so wichtig wie der Erhalt der Region. Der Kanal wird unsere Kultur und einzigartige Biodiversität zerstören. Umwelt und Kultur aber haben keinen Preis!“

Weitere Informationen und ein Interview mit der Historikerin Dora Maria Tellez, einst Gesundheitsministerin und medico-Partnerin in Nicaragua, unter: www.medico.de/nicaragua

Seit Ende der 1970er Jahre fördert medico Partner in Nicaragua. Gerade die basisdemokratischen und menschenrechtlichen Ansätze der sandinistischen Revolution waren damals der Ausgangspunkt der medico-Unterstützung. Heute verfolgt die Ortega-Regierung ein anderes Entwicklungsmodell, das die Menschen- und Bürgerrechte, wenn nötig, zurückstellt. Die medico-Projektförderung stützt deshalb zivilgesellschaftliche Kräfte wie in der noch laufenden Demokratieförderung bei Jugendlichen und dem Kampf der an Niereninsuffizienz erkrankten Zuckerrohrarbeiter um ihr Recht auf Gesundheit.

Spendenstichwort: Nicaragua

Winter in Syrien



Im Schatten des Schingal

Warten auf eine Zukunft

Es regnet immer öfter. Ein kalter Wind pfeift über das Hochplateau, bald wird der erste Schnee fallen. Im Camp Newruz am Rande von Dêrik, der kurdisch-aramäischen Stadt im syrischen Rojava, wird Kies auf die matschigen Wege gestreut. Hier überwintern 7.000 jesidische Familien, denen im August 2014 die Flucht vor dem Terror der IS-Milizen gelang. Im nord-irakischen Schingal-Gebirge waren durch eine spektakuläre humanitäre Intervention etwa 150.000 Angehörige der jesidischen Gemeinschaft von kurdischen Selbstverteidigungskräften gerettet worden. Im Lager Newruz fanden sie eine vorläufige Bleibe. Dann zogen sie weiter, in den Nordirak,

in die Türkei. Mindestens 25.000 blieben in Rojava. Eine Rückkehr zum Schingal, ihrem spirituellen Sehnsuchtsberg, ist mehr als nur das Verlangen nach der verlorenen Heimat. Es ist Ausdruck ihres kollektiven Selbstbewusstseins und damit ein Überlebensfaktor. Im Camp Newruz fehlt es an winterfesten Zelten, Nahrung und Kleidung. Aus den grauen Notfalldecken der UN-Hilfswerke haben die Mütter warme Jacken für ihre Kinder genäht. In der Ferne ist der Cudi-Berg zu sehen. Seine schneebedeckten Gipfel schimmern in der fahlen Jahresendsonne.

Spendenstichwort: Kurdistan

Die Stadt der Hoffnungen

Ein Krankenwagen für Kobanê

Über Nacht war die kurdische Stadt Kobanê an der syrisch-türkischen Grenze weltweit in den Schlagzeilen. Der gewalttätige Vormarsch der IS-Milizen machte das kleinste, fast vollständig eingekesselte Kanton der kurdischen Selbstverwaltung in Syrien zum Symbol des Widerstands gegen den IS-Terror, der für weite Teile der westlichen Öffentlichkeit das absolute Böse verkörpert. Die Kurdinnen und Kurden leisten bis heute einen erbitterten Widerstand, auch um den Preis der Zerstörung von Kobanê. Für sie bedeutet die Aufgabe der Stadt auch die Aufgabe ihres politischen Traums einer gesellschaftlichen Zukunft in Syrien, fernab von ethnischen und konfessio-

nellen Zuschreibungen. Durch die Angriffe des IS wurde auch das städtische Krankenhaus zerstört, in dem die von medico unterstützte Blutbank untergebracht war. Der Häuserkampf in Kobanê zwang fast die gesamte Zivilbevölkerung zur Flucht. 180.000 leben nun in Kurdistan auf der anderen Seite der Grenze, in der Türkei. Allein im Landkreis von Suruç sind rund 50.000 Menschen in Camps der kurdischen Stadtverwaltung untergebracht. Auch hier braucht es alles, was in der kalten Jahreszeit das Überleben sichert. Und in Kobanê werden weiter Menschen verletzt. medico finanzierte dort für 60.000 Euro einen Krankenwagen und wird sich sobald möglich mit ihren Spenden am Wiederaufbau der Gesundheitsversorgung beteiligen.

Spendenstichwort: Rojava

Ohne jeden Ausweg

Überleben im oppositionellen Damaskus

Im Jahr 2013 verließen nach jüngsten Zählungen rund 150.000 Syrer im Monat ihr Land. Im Oktober 2014 sind es nur noch knapp 18.500 gewesen, denn die Nachbarstaaten haben ihre Grenzübergänge „praktisch geschlossen“, wie die UN-Studie mit dem Titel „No Escape“ [Kein Ausweg] berichtet. Aber es gibt auch Zonen in der syrischen Bürgerkriegsgesellschaft, aus denen es schon länger überhaupt kein Entkommen gibt, und in denen – im Gegensatz zu den kurdischen Regionen – ohne mediale Öffentlichkeit gestorben wird. Etwa der Großraum Damaskus, wo ein zäher und blutiger Kleinkrieg stattfindet, wo kleine Ortschaften und Stadtteile sich inmitten der

mäandernden Gewalt selbst organisierten. Die südliche Kleinstadt Erbin wird seit Wochen beschossen. Über 100 Menschen kamen ums Leben. Die syrische Armee setzt hier Boden-Boden-Raketen ein, deren Explosivkraft ganze Wohnblöcke zerpulvert. Unlängst starben Schulkinder auf einem Marktplatz. Einige von ihnen besuchten die freie Schule in Erbin, das medico-Projekt vor Ort, wo zivile Aktivisten den Kindern ein Lernen für bessere Zeiten ermöglichen. Der Weg zur Schule bleibt gefährlich. Zudem machen es Armee-Checkpoints nahezu unmöglich, die überlebenswichtigen Gehälter für die Lehrenden in die Stadt zu schmuggeln. Und die Brennstoff- und Lebensmittelpreise steigen rasant. Der vierte Kriegswinter hat begonnen.

Spendenstichwort: Syrien

Mythos Neutra- lität

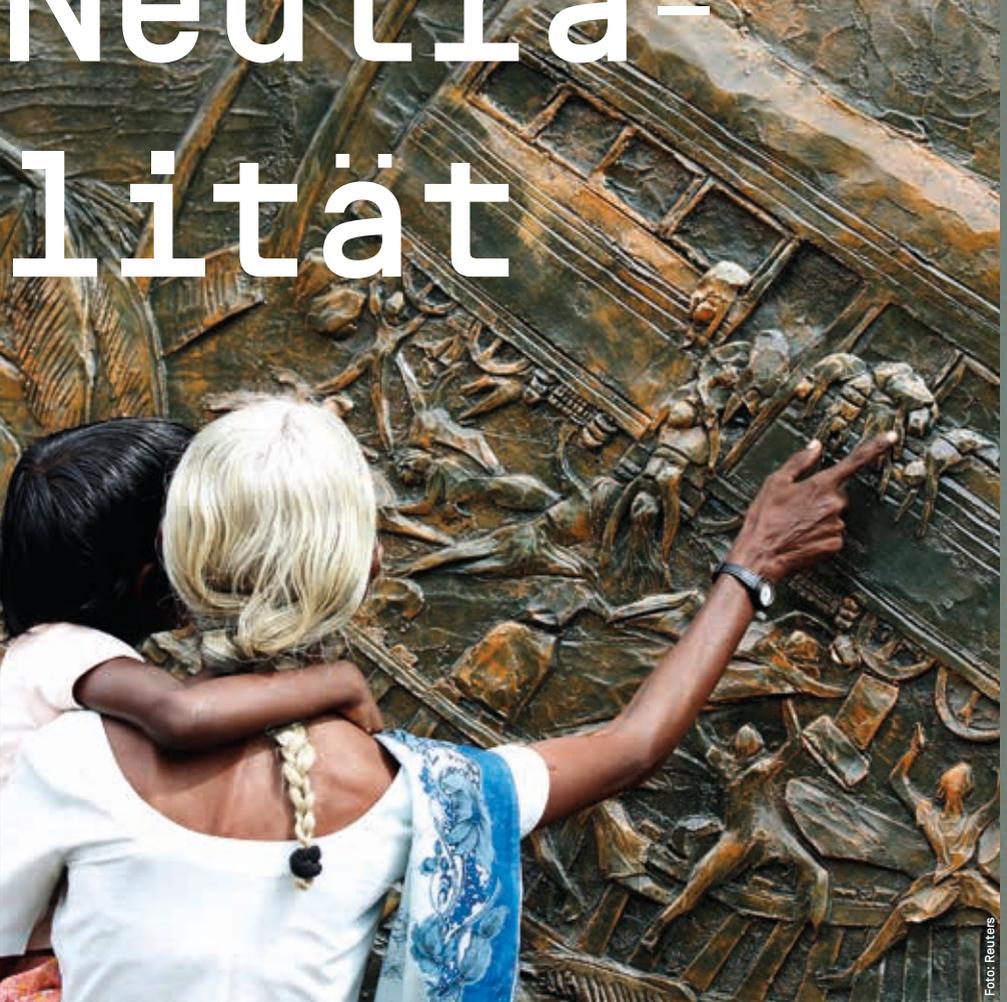


Foto: Reuters

Eine Gedenktafel in Colombo erinnert an die Opfer eines Zugunglücks: Am 26. Dezember 2004 hatte die Sturmflut den Zug von den Gleisen gerissen.

Sri Lanka: Zehn Jahre Tsunami, zehn Jahre Nothilfe – auf der Suche nach einer Heimat, die vorher schon verloren war

Von Thomas Seibert

Am 26. Dezember 2004 wurde Südasien von einem Seebeben heimgesucht, dem 220.000 Menschen zum Opfer fielen: damals die größte bekannte Naturkatastrophe der Geschichte. Obwohl medico in keinem Tsunami-Land Projektpartner hatte, entschieden wir uns nach Abstimmung mit dem People's Health Movement, Nothilfe zu leisten. Wir taten das nicht nur wegen des Ausmaßes der Katastrophe. Wir ahnten, dass der Tsunami zur Bewährungsprobe jeder Form der Hilfe werden würde, auch der unseren.

Die ersten zwei Wochen

Auf Sri Lanka kostete der Tsunami 38.000 Menschen das Leben, weitere 500.000 Menschen verloren ihre Hütten und Häuser. Den Obdachlosen provisorische Unterkunft zu schaffen, war die erste Aufgabe der Nothilfe. Allerdings lebten zu dieser Zeit bereits 350.000 Menschen in meist sehr ärmlichen Lagern. Sie hatten ihre Heimat als Vertriebene des dreißigjährigen Bürgerkrieges zwischen der singhalesisch-buddhistischen Bevölkerungsmehrheit und der tamilisch-hinduistischen Minderheit verloren. Trotzdem verlief die erste Phase der Nothilfe auf Sri Lanka deutlich besser als in allen anderen Ländern. Einheimische Hilfsorganisationen waren schnell vor Ort, niemand musste hungern, es gab keine Epidemien und keine Plünderungen. Die den Rebellen zugehörige

„Tamil Rehabilitation Organisation“ (TRO) half singhalesischen Fischern ebenso sorgfältig wie das buddhistische Hilfswerk „Sarvodaya“ tamilischen Fischern beistand. In der Hauptstadt Colombo verabredeten Regierung und „Tamil Tiger“-Rebellen eine gemeinsame „Post-Tsunami Operational Management Structure“ (P-TOMS), die sicherstellen sollte, dass die internationale Finanzhilfe angemessen verteilt würde.

Knapp zwei Wochen nach dem Tsunami landeten über 300 ausländische Hilfsorganisationen auf der Insel und setzten sofort Budgets ungeahnten Ausmaßes um. Zwar geschah das oft guten Willens, doch fast immer ohne Kenntnis der Bürgerkriegsverhältnisse. Damit nicht genug: Viele ausländischen Helfer hatten keine Verbindungen, kein Personal, keine Infrastruktur. Also kauften sie Grundstücke und Büros, brachten ihre Jeeps ins Land und – ihre Konkurrenzen. Bald gab es Streit um zu betreuende „Begünstigte“, um Land, um Zugang zu Behörden und Personal. Deshalb zahlten viele der „Internationalen“ fünf, manche sogar zehn Mal so viel Lohn wie die einheimischen NGOs, von denen nicht wenige ihre Büros schließen mussten: sie verloren ihre Mitarbeiter oder wurden komplett übernommen.

Die Regierung erklärte alle Strände zu Staats Eigentum und untersagte den Flutvertriebenen die Wiederansiedlung – aus „Sicherheitsgründen.“ Ein Handstreich zugunsten des nationa-

len und internationalen Tourismus, der die von den armen Fischerdörfern geräumten Gebiete leichthändig in Verwahrung nahm: Anfang eines „Booms“, der noch heute anhält. Die internationale Hilfe verlegte ihre Flüchtlingslager bereitwillig ins Landesinnere: Hilfe, so hieß es, sei auf Kooperation mit den Behörden verpflichtet und deshalb politisch strikt neutral.

Neutralität und Parteilichkeit

Wenn die „Tamil Rehabilitation Organisation“ und „Sarvodaya“ gleichermaßen tamilischen und singhalesischen Tsunami-Überlebenden beistanden, war das allerdings nicht der „Neutralität der Hilfe“ geschuldet, sondern dem 2002 geschlossenen Waffenstillstand. Seitdem waren die „Tamil Tiger“ im Norden und Osten de facto Staatsmacht, Sri Lanka auf dem Weg in eine noch auszugestaltende Doppelstaatlichkeit. Weil das „P-TOMS“-Abkommen diesen Prozess vertieft hätte, wurde es gezielt zu Fall gebracht. Beide Seiten verletzten jetzt den immer brüchigeren Waffenstillstand. Als im November 2005 ein neuer Präsident gewählt wurde, nötigten die „Tiger“ die meisten Tamilen zum Wahlboykott und trugen so zum Sieg des singhalesischen Hardliners Mahinda Rajapaksa bei.

Vom People's Health Movement gut beraten, hatte medico die in solcher Lage besten Partner gefunden: Tamilen und Singhalesen, die keiner der beiden Bürgerkriegsparteien verbunden und trotzdem nicht „neutral“ waren. Während sich viele internationale NGOs auf Wellblechdörfer für Tsunami-Überlebende beschränkten und die manchmal nur wenige Hunderte Meter entfernten Zeltlager der Kriegsvertriebenen einfach ignorierten, ermöglichte der tamilische medico-Partner SEED Flut- und Kriegsofern einen gemeinsamen Neuanfang. Während der militärische Konflikt eskalierte, beteiligte sich SEED an der vom singhalesi-

schen medico-Partner „Movement for National Land and Agricultural Reform“ (MONLAR) initiierten „People's Planning Commission“ (PPC). Der landesweite Zusammenschluss von Graswurzel- und Basisgruppen protestierte im Süden wie im Norden gegen die Vertreibung der Fischer von den Stränden. „Gelingt es uns nicht, den Überlebenden des Tsunami und des Krieges das Land zu sichern, das sie für ein besseres Leben brauchen“, sagte uns der MONLAR-Gründer Sarath Fernando, „dann hat auch der Frieden keine Chance. Neutralität können wir uns gar nicht leisten.“

Der Kessel von Mullaitivu

Es dauert nicht einmal zwei Jahre, bis Saraths Warnung sich bewahrheitete. Zu dieser Zeit hatten die meisten ausländischen Hilfsorganisationen die Insel längst verlassen. Die singhalesische Armee schloss die tamilischen Gebiete von allen Seiten ein und trieb die „Tamil Tiger“ samt einer täglich wachsenden Zahl von Flüchtlingen auf die Ostküste zu. Die „internationale Gemeinschaft“ sah dem tatenlos zu: der Krieg auf Sri Lanka war ein Feldzug mehr im weltweiten „Krieg gegen den Terror.“ Als die Rebellenhauptstadt Kilinochchi fiel, rief auch die UN ihre Helfer – und damit die letzten Zeugen zurück. Die Armee hatte jetzt freie Hand und schloss die letzten Rebellen und Hunderttausende von Flüchtlingen nahe dem Küstenort Mullaitivu ein. Nur drei Jahre zuvor hatte der medico-Partner SEED genau dort sein größtes Wiederansiedlungsprojekt eröffnet – ein Dorf für flutvertriebene Fischer und kriegsvertriebene Bauern. Was damals aufgebaut wurde, haben Tausende Menschen auf verzweifelter Flucht wieder niedertrampeln müssen.

Drei furchtbare Monate blieben die Flüchtlinge im „Kessel von Mullaitivu“, nach UN-Schätzungen starben in dieser Zeit 40.000 Men-

schen. Nach dem Ende des Krieges am 19. Mai 2009 legten die Sieger im Landesinneren den Lagerkomplex „Manik Farm“ an und internierten dort 300.000 Überlebende. Vor dessen Toren bezogen die SEED-Aktivisten zwei einfache Hütten. Tag für Tag versuchten sie, im Lager Lebensmittel zu verteilen, einfachste medizinische Hilfe und psychosoziale Unterstützung zu leisten: nicht jeden Tag ließen die Wachen sie passieren. Als Manik Farm 2011 geschlossen wurde, gründete SEED mit medico-Hilfe neue Flüchtlingsdörfer, in einem Land, in dem seitdem auf fünf Tamilen je ein singhalesischer Bewacher kommt.

Sri Lanka Advocacy

Zehn Jahre nach dem Tsunami ist Sri Lanka primär für Touristen von Interesse. Wo vor dem Seebeben Fischer siedelten, bieten Tourist Resorts heute Wellenreiten, Ayurveda-Kuren und scharfes Curry an. medico arbeitet noch immer mit den Partnern zusammen, die sich 2005 in der „People's Planning Commission“ zusammenfanden. Das von medico koordinierte Netzwerk „Sri Lanka Advocacy“ streitet für die Aufklärung der Kriegsverbrechen aus der Zeit vor und nach dem Tsunami: den Kriegsverbrechen der 2009 ausgelöschten „Tamil Tiger“ und denen der Regierung, die noch immer im Amt ist. Sarath Fernando, Gründer von MONLAR, ist am 7. September 2014 gestorben, er wurde 72 Jahre alt. Kurz vor seinem Tod zur Jubiläumsfeier der singhalesischen Universität geladen, an der er einst der Studentenbewegung beitrug, rief er ungefragt zu Spenden auf, für ein autonomes Wiederansiedlungsprojekt kriegsvertriebener tamilischer Bauern im Norden. Drei Millionen srilankischer Rupien kamen zusammen, etwas mehr als 18.000 Euro. Natürlich reicht das nicht, um Armut und Gewalt zu beseitigen. Aber Neutralität, das wusste Sarath besser als viele andere, können wir uns gar nicht leisten.



Die Aktivisten von SEED setzen sich seit Langem dafür ein, den tamilischen Flüchtlingen und Vertriebenen einen Neuanfang zu ermöglichen.

Kern der Arbeit des medico-Partners SEED sind Projekte, in denen Flüchtlinge und Vertriebene versuchen, sich wieder zu einer selbstbestimmten Gemeinde zusammenzufinden. So zielt ein laufendes Projekt auf den Aufbau einer dörflichen Infrastruktur für 195 Familien, die durch den Bürgerkrieg mehrfach vertrieben worden sind und in ihre Heimatgemeinden Chemamadu und Kallikulam zurückgekehrt sind. Im Rahmen des Projekts werden Wohnhäuser, Schulen und Brunnen gebaut, Ackerflächen angelegt und eine Gesundheitsstation etabliert. Ziel ist es, dass die Menschen ihre Grundbedürfnisse dauerhaft aus eigener Kraft befriedigen und ein Leben in Würde führen können.

Spendenstichwort: Sri Lanka

Ein Anfang ist getan

Pakistan: Erste Schritte im zähen Kampf um den „11. September“ der deutschen Textilindustrie

„Wir starten von Ground Zero. Bis bald in Deutschland!“ Mit diesen Worten hatte mich der Anwalt und medico-Partner Faisal Siddiqi Anfang September in Karatschi verabschiedet. Im November 2014 treffen wir ihn in Berlin wieder. In einer halben Stunde wird der Anwalt aus Pakistan Abgesandte des Textildiscounters KiK treffen, zu Verhandlungen über die Entschädigung der Überlebenden des „Industrial 9/11“. Unter diesem Namen wird in Karatschi der 11. September 2012 erinnert, an dem in einer Fabrik des Industrievororts Baldia Town über 250 Menschen bei lebendigem Leib verbrannten. Mutmaßlich einziger Auftraggeber der unregistrierten Fabrik: KiK, der Discounter aus Bönen in Westfalen.

Workers of the World, unite!

„Ich habe ein gutes Gefühl“, sagt mir Faisal, „sie werden zahlen!“ Der Optimismus des Anwalts hängt mit dem Druck zusammen, unter dem KiK in der deutschen Öffentlichkeit steht. Seit zwei Jahren kämpfen die Überlebenden und die Angehörigen um Entschädigung und KiK hält hin. Zur letzten Verhandlungsrunde im Juni sah das noch ganz anders aus: die KiK-Unterhändler hatten sich auf das Treffen nicht einmal vorbereitet, wollten mal eben ganz neu beginnen. Die Pressekonferenz hinterher, zu der medico und seine Partner noch am selben Tag luden, war unerwartet gut besucht: Fernsehen, Rundfunk, dazu Tages- und

Wochenzeitungen. Die Berichte brachten es auf den Punkt: das Unternehmen schinde Zeit, wolle so billig als möglich davonkommen. Kurz darauf meldeten sich die drei wichtigsten deutschen Gewerkschaften zu Wort. Gemeinsam mit medico initiierten die Vorsitzenden des DGB, der IG Metall und von ver.di den Aufruf „Wir stehen am Anfang“, in dem die Verschleppungstaktik gegeißelt und ein massiv verschärftes Haftungsrecht für international operierende deutsche Unternehmen gefordert wird. Der Aufruf bittet Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aller Branchen zu spenden: für die medizinische Notversorgung der Überlebenden, für juristische Verfahren gegen die Unternehmen – und für ein Gewerkschaftshaus in Karatschi. Dessen Hausherr wird der pakistanische medico-Partner NTUF sein, die Gewerkschaft, die in Baldia Town Arbeiterinnen und Arbeiter organisiert.

Die Klage gegen KiK Textilien

Der pakistanische Anwalt vertritt die Überlebenden von Baldia Town nicht nur in den Verhandlungen mit KiK, sondern auch vor Gericht in Karatschi. Angeklagt sind dort der Besitzer der abgebrannten Fabrik und die Leiter der Behörden, die ihren Betrieb nicht verhindert haben. Die gleich nach dem Brand erhobene Mordanklage wurde von der Staatsanwaltschaft auf fahrlässige Tötung reduziert – Faisal Siddiqi legte umgehend Widerspruch ein. Das



Verräterisches Label. Kik-Jeans aus den Trümmern der verbrannten Textilfabrik in Pakistan.

Verfahren in Karatschi wird nicht das einzige bleiben. Ein italienisches Gericht prüft ein Strafrechtsverfahren gegen die Firma RINA aus Genua, die Kik zwei Monate vor dem Brand ein frei erfundenes Gutachten zur Gebäudesicherheit präsentiert hat. Den Kik-Managern kann das nicht entgangen sein: haben sie das Gebäude nach Aussage von Zeugen doch mehrfach besucht. Das wird zur Sprache kommen, wenn drei der Überlebenden in Deutschland

klagen, auf Schadensersatz und Schmerzensgeld. Zur Vorbereitung war ich mit Kolleginnen des European Center for Constitutional and Human Rights im September nach Karatschi gereist. In langen Gesprächen mit mehr als 50 Betroffenen rekonstruierten wir das Unglück, fragten dabei auch nach Besuchen von Kik-Managern. Auch deshalb nimmt an den aktuellen Gesprächen mit dem Discounter jetzt auch eine ECCHR-Anwältin teil und präsentiert die Aussagen der drei Kläger.

Mein Handy klingelt. Es ist Faisal: „Sie haben endlich verstanden. Hoffentlich meinen sie es ernst.“ Um welche Summen geht es? „Darüber kann ich nicht sprechen. Es gibt eine in solchen Fällen übliche Schweigepflicht, bis beide Parteien einen Vorschlag gemacht haben.“ Es ist also noch nichts gewonnen, sondern nur ein erster Schritt getan. Ob es ausreichen wird? Der Anwalt Faisal Siddiqi wird um alles kämpfen. Das ist sicher. Aber genauso gewiss ist auch, dass die medico-Partner in Karatschi weiter kämpfen müssen. Der Anfang ist gemacht. Immerhin.

Thomas Seibert

„Wir alle sind die Öffentlichkeit“, heißt es im gemeinsamen Hilfsaufruf für die betrogenen Näherinnen und Näher. Wir können entscheiden, welche Kleidung wir tragen, wir können jenen beistehen, deren Ausbeutung erst die Voraussetzung schafft, dass wir T-Shirts für wenige Euros kaufen können. Jetzt geht es um konkrete Entschädigung und juristischen Einspruch, damit die Ausbeutung zumindest gezähmt wird. Und es geht um Selbstorganisation der Betroffenen. Denn Gewerkschaftsrechte sind Menschenrechte. Spenden Sie mit.

Spendenstichwort: Pakistan

Trügerisch Hilfe

Nach dem Beben: Ein medizinischen Partnern zieht Zwi

Das Übergangslager Camp Corail, über 20 km außerhalb der Hauptstadt, sieht schön aus, aber viele wollen hier weg. Im medico-Film „Haitianische Erschütterungen“ beschwerten sich die Bewohner: Es gebe keine Arbeit, keine Chance auf ein unabhängiges Leben. Es sei ein Elendsghetto.

e

-Film mit haitia- schenbilanz



medico begann 2010 in Haiti mit der Projektförderung. Ein Treffen mit lokalen Partnern zog erste „Lessons learnt“

In der Hitze des haitianischen Augusts trafen sich 40 Kollegen von zwölf medico-Partnern, um sich fast fünf Jahre nach dem verheerenden Erdbeben über ihre Erfahrungen in der Not- und Wiederaufbauhilfe sowie in der Kooperation mit medico international auszutauschen. Das Treffen fand im Rahmen einer externen Evaluation der medico-Arbeit in Haiti statt, die auch als gemeinsamer deutsch-haitianischer Lernprozess angelegt war.

Die rege Teilnahme war überraschend, zumal auch Partner wie Vertreter des Bürgerkomitees aus Cité 9 erschienen, deren von medico geförderte Projekte längst abgeschlossen sind oder, wie im Fall einer Brücke, auch als Niederlage erlebt wurden. Vor vier Jahren hatte das Komitee um Unterstützung für den Bau der Brücke gebeten, die den Stadtteil Cité 9 mit der riesigen Elendsstadt Carrefour-Feuilles am Rande von Port-au-Prince verbinden sollte. Es war das erste Wiederaufbauprojekt überhaupt, das medico in Haiti gefördert hat. Hierbei kam es jedoch zu Unregelmäßigkeiten, weswegen medico die Zusammenarbeit mit dem Komitee nach Fertigstellung der Brücke einstellte und das Projekt als Scheitern einordnete. Auf dem Treffen im August 2014 berichteten nun allerdings Vertreter des Bürgerkomitees, wie sinnvoll die Brücke ist. Von den Verantwortlichen für die Unregelmäßigkeiten habe man sich distanziert, das Bürgerkomitee würde weiterhin die Interessen der Viertelbewohner wahrnehmen. Genau das war Ziel der medico-Projektarbeit in Haiti: Partner und Partnerinnen dabei

zu unterstützen, zu selbstbestimmten Akteuren im Wiederaufbauprozess Haitis zu werden.

Nach 30 in Haiti in den vergangenen fünf Jahren geförderten Projekten – vom Aufbau von Gemeindezentren und Basisgesundheitsstationen bis zu Landwirtschafts- und Wiederaufbauprojekten – ist medico um einige Erfahrung reicher. Es kostete Mühe und Kraft, die Arbeitsschwierigkeiten in einem strukturell seit Jahrhunderten vernachlässigtem Land zu verstehen und einzuordnen. Hinzu kam die Herausforderung, mit dem Druck zurecht zu kommen, große Nothilfemittel schnell abwickeln zu müssen und gleichzeitig Spielräume zu nutzen, um Zeit für die Projekte im Sinne der Partner zu gewinnen. Die materiellen und psychischen Zerstörungen durch die Katastrophe und die Entmündigungspolitik, der Haiti durch Duvalier-Diktatur und internationale Einmischung von jeher ausgesetzt ist, machten eine auf Autonomie der Partner zielende Arbeit in dem für Nothilfe vorgegebenen Zeitraum von drei Jahren fast unmöglich.

Gescheiterte Chance

So richtig der partnerorientierte Ansatz ist, so wenig kann er darüber hinwegtäuschen, dass die politische und sozioökonomische Situation in Haiti heute so dramatisch ist wie vor dem Erdbeben. Haiti war und bleibt das ärmste Land der westlichen Hemisphäre. Drei von vier Haitianern sind arbeitslos, mehr als jeder Zwei-



Dieser Film kann ab sofort bei **medico** bestellt oder auf der Website angesehen werden.

te muss von weniger als zwei Dollar am Tag leben. Die Unterernährung nimmt weiter zu und noch immer leben unzählige Erdbebenopfer ohne Perspektive in Provisorien und abgelegenen Siedlungen. Das große Versprechen von UNO und Bill Clinton, man werde Haiti besser wieder aufbauen, ist nicht erfüllt worden. Das dokumentiert auch der 2014 fertiggestellte, 40-minütige **medico**-Film „Haitianische Erschütterungen“, in dem Partner die Folgen der gigantischen internationalen Nothilfe- und Wiederaufbaumaschinerie beschreiben. Der Film wurde ins Kreolische rückübersetzt und bei dem Partner-Treffen gezeigt. Hier stieß er auf positive Resonanz, weil er kein Mitleid erwecken wolle, sondern die haitianischen Akteure zu Wort kommen lasse. Ihre Bilanz fällt gleichwohl bitter aus. So sagt die Soziologin und **medico**-Partnerin Suzy Castor: „Ohne es zu merken, tanzen wir auf einem Vulkan.“ Die Schriftstellerin Yanick Lahens, deren Bibliotheken in Übergangslagern von **medico** gefördert wurden, bezeichnet die Wiederaufbauhilfe als

„gescheiterte Chance“. Lahens erhielt Anfang November den renommierten französischen Femina-Literaturpreis für ihren im Herbst 2014 erschienenen Roman „bain de lune“ über drei Generationen in Haiti. „Das Buch und der Preis sind ein Beweis dafür, dass die haitianische Kultur sehr stark ist“, so Lahens. „Haiti ist in der Lage, sich von seinem Leiden zu erholen.“ Diese Haltung zieht sich auch durch die Interviews des **medico**-Films: Statt weiter auf Entwicklungskonzepte von außen zu hoffen, müsse sich Haiti auf die eigenen Kräfte und Stärken besinnen – so die bemerkenswerte kollektive Lehre aus dem bislang größten internationalen Hilfseinsatz überhaupt.

Leicht ist diese Aufgabe angesichts der aktuellen politischen Entwicklung im Land jedoch nicht. Gerade sind die seit zwei Jahren ausstehenden Wahlen für Zwei Drittel der Senatssitze und 100 Parlamentsabgeordnete auf unbestimmte Zeit verschoben worden. So wird der umstrittene Präsident Martelly, dem immer wieder Kontakte zur Diktatorenfamilie Duvalier nachgesagt werden, ab Januar wohl per Dekret regieren. „Haiti is open for Business“ – lautet Martellys Slogan. Demokratie ist dafür offenbar nicht so wichtig.

Katja Maurer

medico setzt seine Projektförderung in Haiti fort. So wird die Menschenrechtsarbeit des Netzwerkes RNDDH aus Spenden und mit Mitteln des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt. Der Film „Haitianische Erschütterungen – medico-Partner ziehen ihre Bilanz der Hilfe“ kann bei **medico bestellt oder auf der Website angesehen werden.**

Spendenstichwort: Haiti

Ursachen der Epi- demie

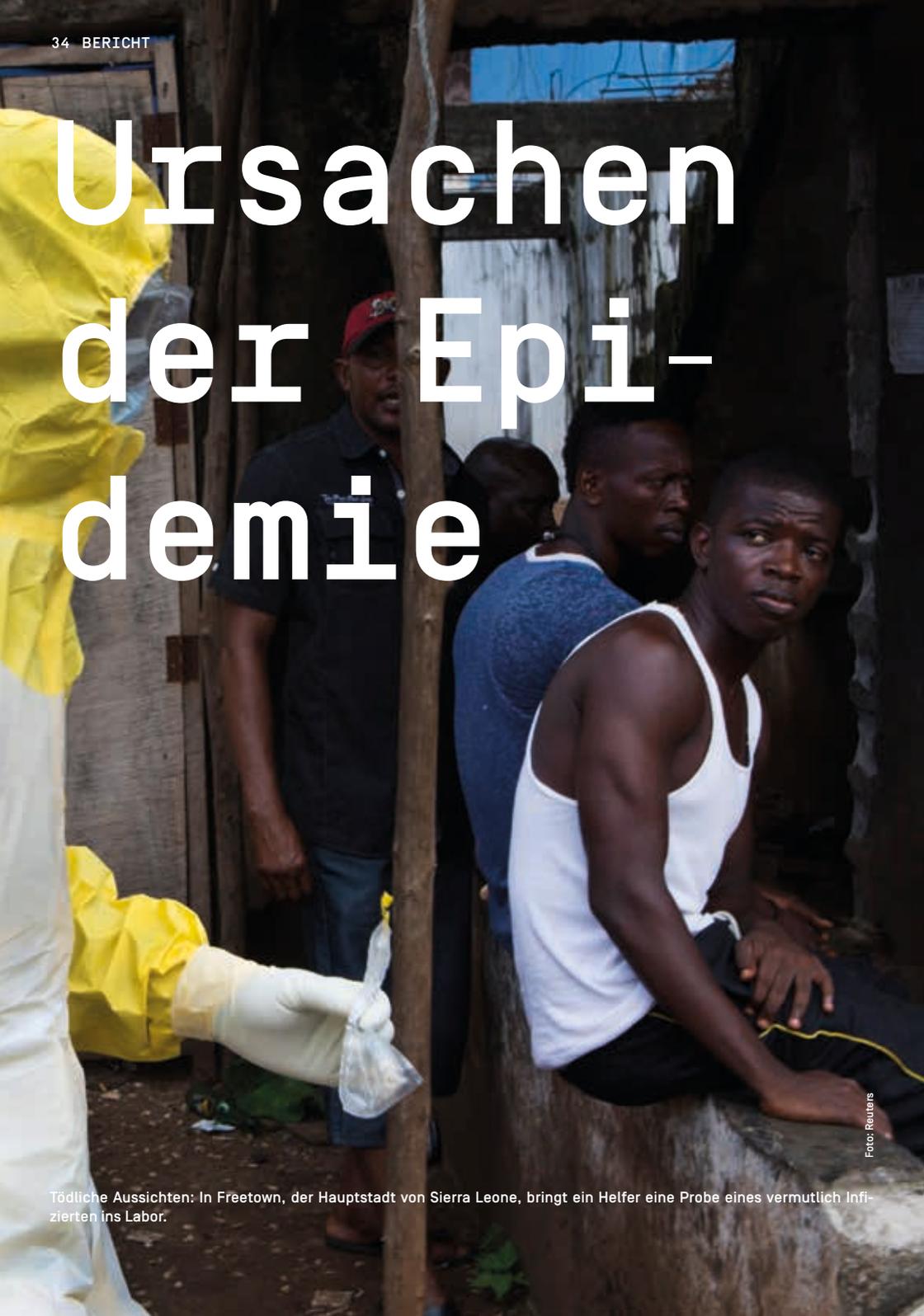


Foto: Reuters

Tödliche Aussichten: In Freetown, der Hauptstadt von Sierra Leone, bringt ein Helfer eine Probe eines vermutlich infizierten ins Labor.

Die soziale Katastrophe des Ebola-Virus und der Seuchenbekämpfung in Westafrika: Eine Analyse des People's Health Movement

Angesichts der medialen Epidemie angstmachender und aus dem Zusammenhang gerissener Meldungen richtet sich der Blick der Welt im Moment auf drei der ärmsten Länder der Welt: Liberia, Guinea und Sierra Leone liegen auf Platz 175, 179 und 183 aller 187 Länder auf dem Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen. Dabei ist es nicht nur das Ebola-Virus, das hier Menschen tötet.

Nehmen wir den Fall Sierra Leone: In den ersten vier Monaten seit dem Ausbruch von Ebola wurden hier 848 Menschen infiziert, von denen 365 gestorben sind. In vier Monaten sterben in Sierra Leone aber im statistischen Durchschnitt auch 650 Menschen an Meningitis, 670 an Tuberkulose, 790 an HIV bzw. AIDS, 845 an Durchfallerkrankungen und mehr als 3.000 Menschen an Malaria. Seit Jahrzehnten sterben die Menschen an diesen Krankheiten, nicht erst seit den letzten vier Monaten. Trotzdem richtete sich die globale Aufmerksamkeit vor dem Ausbruch von Ebola nicht auf diese Länder. Denn dies würde die Reichen und Mächtigen – Regierungen reicher Staaten, die Medien, Kapital, Industrie und Unternehmerschaft auf nationaler und internationaler Ebene, aber auch die Organe der Vereinten Nationen – zwingen, sich mit der Realität von Armut und Ungleichheit in Westafrika zu konfrontieren.

Liberia, Guinea und Sierra Leone haben sich weder freiwillig dafür entschieden, arm zu sein, noch haben sie sich entschieden, nicht funktionierende Gesundheitssysteme zu eta-

blieren. Die koloniale Besatzung und die damit einhergehende Ausbeutung ließen diese Länder arm sein und bleiben. Akteure wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds hielten die Staaten durch die strukturellen Anpassungsprogramme weiter in der Misere. Wie viele andere afrikanische Länder wurden auch Liberia, Guinea und Sierra Leone angehalten, keinesfalls ihre Ausgaben für Soziale Sicherung und öffentliche Dienstleistungen zu erhöhen und sie im Gegenteil weiter abzusenken. Die Welthandelsorganisation wiederum versprach Wohlstand im Namen des Freihandels und verwüstete ihre Wirtschaft. Die entwickelten kapitalistischen Länder schickten als Wohltätigkeit betitelte finanzielle Hilfen und zogen gleichzeitig sehr viel höhere Gewinne durch ihre Unternehmen aus den Ländern ab. Die Aneignung von großen Anteilen der landwirtschaftlichen Fläche durch die internationale Agrarindustrie hat signifikante ökologische Veränderungen mit sich gebracht. Die tragische Situation der Region verschlimmerte sich zudem durch jahrelange Unruhen und Bürgerkriege, die durch den Streit um wertvolle natürliche Ressourcen angefacht wurden. So war der Diamantenabbau einer der Hauptauslöser des Bürgerkriegs in Sierra Leone. Die gegenwärtige Ebola-Epidemie wurde also durch Armut und die schonungslose Ausbeutung der Umwelt und der natürlichen Rohstoffe in der Region mitverursacht.

Zusätzlich subventionieren diese „armen“ Länder die Gesundheitssysteme der reichen Län-

der: In den OECD-Ländern arbeiten mehr Ärzte, die in Liberia und Sierra Leone geboren wurden, als in ihren Heimatländern. Die Abwanderung der Fachkräfte im Gesundheitswesen macht es vielen Ländern in Westafrika geradezu unmöglich, funktionierende Gesundheitssysteme aufzubauen. Mit nur wenigen Ausnahmen weisen viele der Länder Westafrikas die weltweit schlechtesten Gesundheitsindikatoren auf, das betrifft besonders die Gesundheitssituation von Frauen und Müttern.

Das Ebola-Virus ist seit nunmehr vierzig Jahren bekannt. Doch wurden weder Impfstoffe noch Medikamente entwickelt. Kein Pharmakonzern ist an der Entwicklung von Medikamenten gegen eine Krankheit interessiert, die ausschließlich Arme trifft. Die Geschichte von Ebola ist also auch die Geschichte einer vernachlässigten Armutskrankheit wie die der viszeralen Leishmaniose, Malaria, Tuberkulose oder Chagas-Krankheit. Die Forschung zu diesen Krankheiten wird von der Pharmaindustrie vernachlässigt, weil sich mit ihnen nicht ausreichend Gewinn machen lässt.

Nun haben wir also eine Epidemie, wo keine sein dürfte. Routinemaßnahmen öffentlicher Gesundheitseinrichtungen sind hier keine Routine – sie sind ein Luxus, der in Zeiten der Epidemie allenfalls vorhanden ist, wenn er von Hilfsorganisationen bereitgestellt wird. Und so ist die Welt besorgt, dass die Epidemie nicht auch die eigene komfortable Existenz angreift. Dies wäre eine Kehrseite der globalisierten Welt, auf die das globale Kapitalinteresse nicht gewettet hatte.

Gesundheitssysteme kollabieren

Wir werden Zeugen einer Tragödie, die längst nicht mehr nur auf Menschen beschränkt ist, die sich mit dem Ebola-Virus infiziert haben.

Das gesamte Gesundheitssystem in den betroffenen Gebieten wurde überrannt und aus den Angeln gehoben, was die Auswirkungen anderer Krankheiten noch weiter verschlimmert. In Monrovia, der Hauptstadt Liberias, waren zu einem Zeitpunkt während dieser Krise alle fünf Krankenhäuser der Stadt geschlossen. Einige konnten seither wieder geöffnet werden, doch sie sind noch immer nicht wieder voll funktionsfähig. Gesundheitsfachkräfte sind geflohen, aus Angst um ihre eigene Sicherheit. Ihre Besorgnis ist verständlich, denn Handschuhe, Schutzkleidung und selbst sauberes Wasser sind knapp. Es gibt Fälle, in denen das Pflegepersonal streikte, nachdem Kollegen erkrankten, sodass nur wenige Personen verblieben, um die Kranken zu versorgen. Neben den anerkannten Kliniken des öffentlichen Gesundheitssystems schießen neue private Kliniken wie Pilze aus dem Boden. Zahlreiche Ebola-Erkrankte werden dort aufgenommen, obwohl sie für die Infektionskontrolle nicht ausgerüstet sind.

Inmitten dieser menschlichen Tragödie gibt es dennoch hoffnungsvolle Beispiele selbstloser und aufopferungsvoller Hilfeleistungen. Die meisten Gesundheitsfachkräfte kämpfen trotz unzureichender Ausrüstung und völliger Überforderung mutig weiter, um Leben zu retten und die Verbreitung der Krankheit einzudämmen. Viele sind dabei ums Leben gekommen. Während weltweit berechnete Erleichterung bezüglich der Evakuierung, Behandlung und des Überlebens ausgewanderter Gesundheitskräfte aus den USA, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden ausgedrückt wurde, sind allerdings bis jetzt (Stand Ende August 2014) noch keine einheimischen Fachkräfte evakuiert worden. Dr. Sheik Humarr Khan, Sierra Leones führender Ebola-Doktor, starb im Juli 2014, als noch diskutiert wurde, ob er in ein europäisches Land evakuiert werden könnte. Nicht nur sein Schicksal wirft Fragen auf, wie

die Weltöffentlichkeit auf die Ebola-Krise reagiert, wie sie diejenigen schützt, die direkt daran beteiligt sind, die Krankheit aufzuhalten; und ob das Leben des ausländischen Fachpersonals mehr wert sein kann als das Leben der örtlichen Fachkräfte.

Auch die WHO, die erst im August 2014 die Ebola-Epidemie zu einem globalen Notfall ausgerufen hat, muss sich verteidigen. Der WHO-Verfassung nach sollte sie selbst die „führende und koordinierende Autorität der internationalen Gesundheitsarbeit“ sein. Seit den 1990er Jahren wurden ihr aber auf Initiative der reichen Mitgliedsländer insbesondere die freien Haushaltsmittel eingefroren. Die Verwendung von ungefähr 80 Prozent des WHO-Haushalts wird inzwischen durch die Geber selbst festgelegt, was die Organisation in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt. Im Vergleich zum vorherigen Haushalt hat das gegenwärtige Budget der Weltgesundheitsorganisation mehr als 50 Prozent der Gelder für Krankheits- und Krisenmanagement eingeübt; mit nun nur noch 228 Millionen US-Dollar.

Business as usual?

Was unmittelbar ansteht, ist die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und im Besonderen der reichen Länder zu beschleunigen und aufzustocken. Mehr Fachpersonal, Ausrüstung und Medikamente müssen zur Verfügung gestellt werden. Die Forschung zu Medikamenten muss weiter vorangetrieben werden. Das ist das Minimum. Mittelfristig besteht die dringende Notwendigkeit, die Gesundheitssysteme in Westafrika zu stabilisieren. Um funktionierende Gesundheitssysteme aufzubauen, bedarf es umfassender und nachhaltiger Finanzierung und ernstzunehmender Investitionen in das Gesundheitspersonal. Solche Maßnahmen werden anfangs gezwungener-

maßen auch ein größeres Engagement der Geberländer erfordern. Langfristige Lösungen erfordern allerdings fundamentale Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen und der Machtverhältnisse zwischen den Ländern Westafrikas (und natürlich auch darüber hinaus) sowie den kapitalistischen Wirtschaftssystemen des Nordens und ihren Unternehmen, die die Region im Zusammenspiel mit lokalen Regierungsvertretern und Eliten weiter ausplündern.

Die Epidemie wird nun aller Wahrscheinlichkeit nach ihren Lauf nehmen und, nachdem sie eine Spur von Tod und Zerstörung hinter sich gelassen hat, wird auch sie letztendlich abklingen. Nicht etwa, weil die Weltgemeinschaft viel richtig gemacht haben wird, sondern weil es in der Natur des Virus selbst liegt. Dann bleibt die Frage, ob wir irgendetwas aus der Ebola-Epidemie gelernt haben werden. Oder ob wir einfach wieder zum Alltag übergehen werden: back to business as usual?

Übersetzung: Julia Manek

Die Langversion des Textes findet sich unter www.medico.de/ebola

Seit dem Jahr 2000 setzt sich das People's Health Movement für das Menschenrecht auf Gesundheit ein. Das internationale Netzwerk besteht aus Gesundheitsinitiativen in vielen Ländern der Welt und aus Experten für öffentliche Gesundheit. medico international gehört dem Netzwerk seit seiner Gründung an und fördert seine Aktivitäten.

Aufklärung statt Ausgrenzung

Sierra Leone: Im Kampf gegen Ebola leistet der medico-Partner Network Movement for Justice and Development beharrliche Basisarbeit

Um sich vor Krankheitserregern zu schützen, sollte man sich mehrmals am Tag mit Wasser und Chlorin die Hände waschen. Im Zuge der Ebola-Epidemie wird diese Hygienemaßnahme den Menschen in Sierra Leone angetragen. „Bedenkt man, dass jeder Zweite im Land keinen Zugang zu sauberem Wasser hat, klingt dieser Rat geradezu zynisch“, sagt Joseph Pokawa vom medico-Partner Network Movement for Justice and Development (NMJD), einer landesweit tätigen Menschenrechtsorganisation, die sich seit zwei Jahrzehnten für die Verteilungsgerechtigkeit in Sierra Leone einsetzt.

Ein funktionierendes Gesundheitssystem gab es in Sierra Leone noch nie. In einem Land, in dem sich im Schnitt ein Mediziner um 30.000 Patientinnen und Patienten kümmern muss, überfordert Ebola die schwachen Strukturen und das wenige Personal nun heillos. Diese Bedingungen, die von europäischen Regierungen mit der fortgesetzten Liberalisierung der Märkte manifestiert werden, sind der Nährboden, auf dem sich das Virus verbreiten kann. „Das hier ist keine Naturkatastrophe. Ebola ist der Terrorismus der Armut“, sagt Paul Farmer, Professor an der Universität Harvard. In dieser Situation wirkt es sich verheerend aus, dass die Menschen die staatlichen Stellen nie in einer fürsorglichen Rolle erlebt haben. Wieso

sollten sie plötzlich einem Staat vertrauen, den sie seit Jahrzehnten als Produzent von Unsicherheit, Angst und Willkür wahrnehmen? Und warum sollten sie die Empfehlungen der Behörden befolgen, wenn diese gleichzeitig ganze Viertel abriegeln, ohne die eingeschlossenen Menschen ausreichend zu versorgen? Die Absperrung der Armenviertel und die autoritäre Form der Seuchenbekämpfung sind Zwangsmaßnahmen, die die Epidemie nicht wirklich aufhalten. Vielmehr drohen sie, das soziale Gewebe der Gesellschaft zu zerstören.

Das ist die Ausgangslage für die vielen Freiwilligen, die trotz aller Gefahren gegen die Ausbreitung der Seuche kämpfen, darunter jene des Network Movement for Justice and Development. Immerhin können diese auf eines bauen: Wegen ihres jahrzehntelangen Engagements für die Ärmsten der Armen ist die Menschenrechtsorganisation bei der Bevölkerung respektiert. Schon während des Bürgerkriegs stritt das NMJD für die Rechte der gepeinigten Menschen. Und seit Langem kämpft es für die Ansprüche derer, die durch den rücksichtslosen Rohstoffabbau von ihrem Land vertrieben werden. So kommt es, dass die Menschen ihnen auch angesichts der Bedrohung durch Ebola vertrauen – und Vertrauen gehört aktuell zu den wichtigsten Gütern.



So sieht der Kampf gegen Ebola in der Praxis aus: ein NMJD-Aktivist auf einem lokalen Markt.

Die Lage ist katastrophal, erzählt Joseph Pokawa: „Viele Erkrankte suchen die überfüllten und schlecht ausgestatteten Behandlungszentren nicht auf, weil sie fürchten, dort unbehandelt dem Tod überlassen zu werden.“ Er und zahlreiche von NMJD geschulte Freiwillige sind tagtäglich in den am stärksten betroffenen Regionen unterwegs. Im lokalen Radio erklären sie in verständlicher Weise, welche Verhaltensregeln helfen können. Seit Wochen gehen sie von Tür zu Tür und versuchen in Gesprächen Angst, Misstrauen und wachsenden Fatalismus zu überwinden. Sie sprechen mit den Menschen, damit verängstigte Familien nicht aus Misstrauen erkrankte Angehörige verstecken. Sie erklären geduldig, dass jene, die eine Ebola-Infektion überleben, geheilt sind und niemanden mehr anstecken können. Und sie versuchen Trauernde respektvoll davon zu überzeugen, ihre verstorbenen Angehörigen nicht zu berühren.

So wichtig die Versorgung der Kranken ist, so unerlässlich ist diese beharrliche Aufklärungsarbeit, die auf das kollektive Potenzial der Gesellschaft gegen die grassierende soziale Vereinzelung und die Stigmatisierung von Betroffenen setzt. Dabei wissen die Aktivistinnen und Aktivisten des NMJD, dass das individuelle Verhalten nicht gegen die Verhältnisse ankommt, unter denen sich die Krankheit ausbreitet. Daher stellen sie auch Forderungen an die Politik. Joseph Pokawa: „Ebola kennen wir seit 1967 und nichts wurde unternommen, um Menschen in die Lage zu versetzen, angemessen auf einen Ausbruch reagieren zu können. Die Regierung enthält den Menschen das Recht auf Bildung vor und verhindert damit, dass sie für ihr Recht auf Gesundheit streiten. Wenn sich hieran nichts ändert, bleibt es ein Phantasma über soziale Teilhabe zu sprechen. Genauso nötig wie Hilfe brauchen wir daher echte Solidarität für einen grundlegenden Wandel.“

Anne Jung

Die Ebola-Epidemie ist auch Ausdruck globaler Ungleichheit. Ohne eine Ausweitung der Prinzipien solidarischer Gesundheitsfinanzierung auf die globale Ebene ist der weltweiten Gesundheitskatastrophe nicht zu begegnen. Daher kämpft medico, neben der Unterstützung lokaler Partner wie dem NMJD in Sierra Leone, gemeinsam mit Gesundheitsaktivisten aus aller Welt für die Einrichtung eines globalen Finanzierungsmechanismus, der reichere Länder dazu verpflichtet, für die Gesundheitsbedürfnisse der ärmeren aufzukommen.

Spendenstichwort: Ebola

medico aktiv

Angebot in höchster Not

Ein Alarmtelefon für Boatpeople im Mittelmeer

Die Geschichte der Seenotrettung ist in gewisser Hinsicht auch eine Geschichte der Kapitalisierung der globalen Seewege und ihrer menschlichen Ressourcen. In früheren Zeiten war es lediglich die Küstenbevölkerung, die sich um ihresgleichen kümmerte, also um Seemänner und Fischer, die im küstennahen Meer havarierten oder in schwere See geraten waren. Damals gab es nur die Muskelkraft, kleine Boote und die stete Ungewissheit ob jene, die retten wollten, nicht selbst Opfer der Stürme werden würden. Trotzdem fuhr man auf das Meer und versuchte zu helfen. Als der Dampfantrieb nicht nur die Warenproduktion, sondern auch den Schiffstransport revolutionierte, bekam die lebendige Arbeit auf See einen höheren Nutzwert. Aus ungelerten Seeleuten wurde wertvolles Humankapital. Aus der zivilgesellschaftlichen Rettungsinitiative der Betroffenen wurden öffentliche Gesellschaften, es entstand ein allgemein gültiges Regel- und Gesetzeswerk: die moderne



Foto: Watch The Med

Kartographie einer unterlassenen Hilfe.

Seenotrettung war geboren. Auf dem Wasser sollte das Gebot der Rettung in höchster Not gelten, ungeachtet von Pass und Herkunft der Betroffenen. Es ist bezeichnend für das heutige Europa, dass diese Regeln der Gleichheit und angewandten Humanität de facto immer wieder jenen vorenthalten werden, die aus Gründen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verfolgung versuchen, die Küsten der europäischen Demokratie zu erreichen. In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 hat es mehr als 3.000 registrierte Tote im Mittelmeer gegeben, nirgendwo sonst auf der Welt sind in den letzten Jahren so viele Menschen auf der Flucht ums Leben gekommen. Auch daher haben jetzt migrationspolitische Netzwerke und Projekte – wie etwa „Welcome to

Europe“ und das auch von medico geförderte „Watch the Med“ – eine neue, zeitgemäße Form der zivilen Seenotrettung ins Leben gerufen: Sie haben eine internationale Hotline eingerichtet, ein Alarmtelefon, das all jene anrufen können, die zwischen Marokko und Spanien, vor Malta, Sizilien oder der griechischen Küste in Seenot geraten und zu Recht fürchten müssen, als „illegale Flüchtlinge“ und damit ökonomisch uninteressante Größe nur bedingt rettungswürdig zu sein. Seit dem 10. Oktober 2014 ist die neue Hotline freigeschaltet und für Boatpeople rund um die Uhr erreichbar. Oder aber auch, damit Rückschiebungen von Flüchtlingen gestoppt werden. Technisch ist die Hilfe möglich, weil auch auf dem Mittelmeer vielfach Satelliten und Mobilfunknetze funktionieren. Die Initiative selbst bleibt bewusst sehr bescheiden und weiß um den provisorischen Charakter dieser Hilfe. Es geht um die Rettung der in Seenot geratenen Unglücklichen und deren Recht auf Schutz. Insofern wird die Kooperation mit den Küs-

tenwachen gesucht und wurden die entsprechenden Stellen auch mit einem Schreiben über den Start des Telefons informiert. Denn die Kritik am tödlichen Grenzregime richtet sich in erster Linie an die politisch Verantwortlichen der EU. Ein großes Angebot. Aber die Gruppe der europäischen Aktivisten hat in den letzten Jahren durch ihre transnationale Solidarität vertrauenswürdige Kontakte in die Flüchtlingsnetzwerke um das Mittelmeer herum hergestellt. Im Unterstützungsauftrag, den auch medico gezeichnet hat, heißt es: „Der Alarm dokumentiert und mobilisiert in Echtzeit und versucht, Druck zu machen, dass gerettet wird, wo immer das möglich ist.“ Geht es doch als Fernziel auch um das „erweiterte Mittelmeer“ (Fernand Braudel) als sozialen und geographischen Raum mit offenen Grenzen für alle Menschen. 100 Tage läuft das Telefon jetzt in einer ersten Probezeit. Dann soll der Notruf auf See geprüft werden, ob er sein Versprechen auch einhalten kann. Wollen Sie mehr darüber wissen? Rufen Sie uns an.

Goethe trifft medico

Thomas Gebauer mit Frankfurter Kulturpreis ausgezeichnet

Seit vielen Jahrzehnten verleiht die Stadt Frankfurt alljährlich die Goetheplakette an „Dichter, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten des kulturellen Lebens, die durch ihr schöpferisches Wirken einer dem Andenken Goethes gewidmeten Ehrung würdig sind“. 2014 war medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer dieser Ehrung würdig. Am 18. September überreichte Oberbürgermeister Peter Feldmann ihm – und damit medico – die Auszeichnung in Anerkennung der jahrzehntelangen Hilfs- und Menschenrechtsarbeit. In seiner Dankesrede

zeigte Gebauer, dass es durchaus Nähen zwischen dem Ansatz von medico und dem Denken Goethes gibt. So habe dieser im „Faust“ Fortschritt als Ergebnis einer permanenten Auseinandersetzung zwischen Gemeinwohl und persönlichem Vorteil sowie zwischen dem Traum utopischer Erneuerung und zerstörerischen Eingriffen in bestehende Lebenswelten gezeichnet. Dass Faust am Ende des Dramas erblinde, sei Sinnbild für eine irrationale Ökonomie, die nur noch Zerstörung produziert – so wie der entfesselte globale Kapitalismus heute, in dem und gegen den sich medico für eine gerechtere Welt einsetzt.

Die gesamte Dankesrede findet sich unter www.medico.de.

Blick zurück und voraus

Die stiftung medico international begeht ihr zehnjähriges Jubiläum mit einem Symposium

Mit der Idee, „Inseln der Vernunft“ zu schaffen, entstand 2004 die stiftung medico international. Mit diesen Inseln waren und sind Projekte, Netzwerke und Initiativen gemeint, die – meist inmitten widrigster Umstände – für das Menschenrecht auf Gesundheit streiten, psychosoziale Arbeit leisten oder sich für die Stärkung der Rechte von Opfern einsetzen. Ihr mutiges Engagement sollte durch die Stiftung unterstützt werden: durch Förderung von Austausch, der Vernetzung untereinander und das Herstellen von globaler Gegenöffentlichkeit. Gleichzeitig sollte die Stiftung dazu beitragen, den Verein medico und die Unabhängigkeit seiner Zusammenarbeit mit Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika langfristig zu sichern.

Eine Dekade später lässt sich festhalten, dass die Stiftung auf diesem Weg einiges erreicht hat. Ihr Ansatz hat viele Menschen so überzeugt, dass sie sich auch finanziell eingebracht haben, in Form von Zustiftungen, Darlehen oder testamentarischen Verfügungen. Inzwischen hat sich das ursprüngliche Stiftungskapital von einer Millionen Euro vervielfacht. Aus den Erlösen konnte die Stiftung Jahr für Jahr und in steigendem Umfang Projekte des Vereines medico gemäß der drei Förderschwerpunkte unterstützen – etwa den Kampf guatemaltekischer Menschenrechtsaktivisten zur Aufarbeitung von Verbrechen aus der Zeit des bewaffneten Konflikts, die Bereitstellung psychosozialer Angebote für Kriegsoffer in Afghanistan oder die Stärkung des People's

Health Movement im südlichen Afrika. Neben der Projektförderung ist die Stiftung auch ihrem zweiten Ziel nachgekommen: Sie war und ist Initiator und Katalysator gesellschaftspolitischer Debatten. So hat sie in jedem Jahr Symposien ausgerichtet, auf denen über drängende Fragen der Zeit, diskutiert wurde, zuletzt auf dem Beyond-Aid-Kongress, der Anfang 2014 mit mehreren Hundert Teilnehmern in Frankfurt stattfand.

Sowohl in den geförderten Projekten wie auch den Veranstaltungen spiegeln sich die globalen Entwicklungen und Verwerfungen des vergangenen Jahrzehnts. Zwar ist nichts an der Kritik, die die Stiftung mit ihrer Förderpolitik an den herrschenden Verhältnissen führen will, überholt. Gleichwohl haben sich die Vorzeichen dramatisch verändert, indem sich das Elend der Welt generalisiert hat. So sind es längst nicht mehr allein Kriegs- und Folteropfer, deren Rechte die Stiftung stärkt, sondern die einer ständig wachsenden Zahl von sozial Ausgeschlossenen – von Menschen, denen die Lebensgrundlagen geraubt werden, die sklavenartigen Arbeitsbedingungen zum Opfer fallen, die an den Verhältnissen verzweifeln und denen selbst noch die Möglichkeit der Flucht verweigert wird. Mit der Aufkündigung staatlicher Sozialpolitik ist die Gewalt zu etwas Alltäglichem geworden. Exemplarisch zeigt sich das an dem psychosozialen Diskurs. In dem Maße, wie durch Verweigerung von sozialer Teilhabe und Anerkennung quasi allen droht, traumatisiert zu

werden, scheint eine emphatische Traumaarbeit – verstanden als „Entprivatisierung des Leidens“ und Appell an die Gemeinwesen, individuelles Leiden als gesellschaftlich Verursachtes zu thematisieren – zunehmend obsolet. Wenn jede und jeder für sich selbst verantwortlich ist, tritt die Idee, die Lebenswelten nach den Bedürfnissen der Menschen zu gestalten, in den Hintergrund. Was bleibt, ist die Anpassung an die Verhältnisse, und seien sie auch noch so prekär. Konkret hat das zur Folge, dass psychosoziale Arbeit, wie medico sie versteht, ins Abseits geschoben zu werden droht. Stattdessen sollen sogenannte Resilienz-Programme die Anpassungsfähigkeit der Menschen erhöhen. Hierbei geht es nicht mehr um die Beseitigung der Ursachen von Leid und Gewalt, sondern um die Stärkung des Einzelnen, diese zu ertragen – das gilt für Menschen, die in Regionen mit ho-

hem Katastrophenrisiko oder in gewaltförmigen Verhältnissen zu leben gezwungen sind, genauso wie für solche, die ihre Business Performance optimieren wollen.

Was bedeuten solche globalen Entwicklungen für die Arbeit von medico, von Verein und Stiftung? Wie lässt sich in einer entsolidarisierten Welt weiterhin für Solidarität streiten, wie in einer durchprivatisierten Gesellschaft für den Schutz und den Aufbau von öffentlichen Gemeingütern? Diese nicht nur für die Arbeit von medico zentralen Fragen möchte die Stiftung anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens im Mai 2015 bei einem Jubiläumssymposium öffentlich diskutieren.

Nähere Informationen hierzu in Kürze unter www.medico.de



ZEICHEN SETZEN: EIN MEDICO-HAUS IN FRANKFURT

Stiftungen finanzieren ihre Arbeit aus den Erlösen angelegten Stiftungskapitals. Die stiftung medico international hat dabei eine ethisch-nachhaltige Anlagestrategie verfolgt. Gleichzeitig kursierte immer schon die Vorstellung, mit Teilen des Stiftungsvermögens ein Haus in Frankfurt zu erwerben, in das medico gemeinsam mit anderen Institutionen, Organisationen und Initiativen, die für gleiche oder ähnliche Ziele streiten, einzieht. Diese Idee scheint nun realisierbar. Mitten in Frankfurt könnte ein Zentrum für Frieden, Nachhaltigkeit und Entwicklung entstehen, das dem praktischen Bemühen um eine solidarische Globalisierung ebenso gewidmet ist wie der sozialökologischen und der Friedensforschung. Und das bewusst ein Gegengewicht zu der in Frankfurt herrschenden Monokultur des Geldes setzt. Für dieses Vorhaben sind weitere Zustiftungen sehr willkommen.

www.stiftung-medico.de

Gudrun Kortas, Tel. [069] 944 38-28, kortas@medico.de



1



2



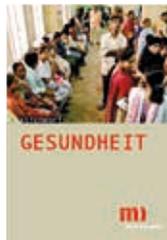
3



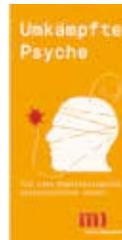
4



5



6



7



8

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 medico-Jahresbericht 2013**

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

2 Stiftung medico international

[16 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

4 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 medico-Kampagne #untragbar

Kampagnenmaterial: Plakat, Flyer und eine piffige Sprüh-schablone, mit der Sie ihren eigenen Punkt setzen können. Kostenlos bestellen unter: www.medico.de/material.

6 Stichwort Gesundheit

[40 S. DIN A5] Das Sonderheft zur Weltgesundheit bleibt nicht bei der Beschreibung der Katastrophe stehen. medico zeigt Projekte der Abhilfe und beschreibt das Gesundheits-Netzwerk, in dem wir uns global und lokal bewegen.

7 Umkämpfte Psyche

[Faltblatt] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

8 Unterstützung für ein demokratisches Experiment

[Faltblatt] Syrien braucht jetzt Frieden und Demokratie. Die kurdischen Gebiete in Syrien brauchen heute unsere Anerkennung und Solidarität. Unterstützen Sie die humanitäre Nothilfe für die kurdisch-syrische Region Rojava. Bestellen, verteilen & spenden: Wir schicken Ihnen gerne unseren Aufruf zu.

Ich bestelle:

- _____ **medico Jahresbericht 2013**
 _____ **Broschüre: stiftung medico international**
 _____ **Broschüre zu Testament und Erbschaft**
 _____ **Faltblatt: Hilfe im Handgemenge**
 _____ **Flyer: medico-Kampagne #untragbar**
 _____ **medico Stichwort: Gesundheit**
 _____ **Faltblatt: Umkämpfte Psyche**
 _____ **Faltblatt: Unterstützung für Rojava**
 _____ **Abonnement medico-Rundschreiben vier Hefte/Jahr**

Anzahl _____

Name _____

Straße _____

Ort _____

Meine Spendennummer _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen**
 dass einmalig für diese Bestellung eine
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN/KTO _____

BANK _____

BIC/BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an
medico international
Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02



Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Ar-

beit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, BIC: HELADEF1822, IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Claire Tillmann und Marek Arlt

Allgemeine Anfragen,
Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,
Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Claire Tillmann

Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.
Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: tillmann@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Impressum

Herausgeber:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer
Korrektur: Marek Arlt
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

medico-Debatten auf dem Public-Health-Kongress Armut
und Gesundheit am 6. März 2015 in Berlin

Sozialmedizin im Zeichen von Seuchenkontrolle

Am 5. und 6. März 2015 findet an der TU Berlin der 20. Kongress Armut und Gesundheit unter dem Motto „Gesundheit gemeinsam verantworten“ statt. Die medico-Debatten am zweiten Kongresstag beschäftigen sich mit den strukturellen Ursachen der Ebola-Epidemie in Westafrika sowie ihren sozialen und politischen Folgen. U.a. mit Abu Brima [NMJD, Sierra Leone], David McCoy [People's Health Movement, London], Dr. Tine Hanrieder [Wissenschaftszentrum Berlin], Thomas Gebauer [medico international].

Infos unter:

www.armut-und-gesundheit.de und www.medico.de



Ebola konkret: Die Arbeit der medico-Partner in Sierra Leone und die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in der Weltgesundheitspolitik. Informationen & Möglichkeiten der Solidarität. Ein Flyer, auch zum Verteilen und Auslegen.

Bestellen Sie jetzt. Kostenlos.

Zu politisch?

Attac und die Frage der Gemeinnützigkeit

„Politik ist Medizin im Großen“, so Rudolf Virchow, der Begründer der Sozialmedizin Mitte des 19. Jahrhunderts. Als damals in Deutschland eine Fleckfieberepidemie wütete, geißelte Virchow nicht die Krankheit, sondern die Behörden, die sich nicht um das Wohl der Allgemeinheit gekümmert hatten. Schon früh hat Berlin Virchow ein Denkmal gesetzt.

„Politik ist Medizin im Großen“, sagt heute auch die Weltgesundheitsorganisation. Um allen Menschen Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, appelliert sie an die Staatenwelt, mehr Geld für die Finanzierung von flächendeckenden Gesundheitssystemen bereitzustellen und empfiehlt auch jene Idee umzusetzen, für die sich ATTAC seit Jahren einsetzt: die Finanztransaktionssteuer.

„Politik ist Medizin im Großen“, sagen heute auch die Vereinten Nationen und überlegen, öffentlich finanzierte Gesundheitssysteme zu einem der zentralen Ziele der neuen globalen Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenda zu machen. Die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer ist ein von Experten in aller Welt herbeigesehntes Instrument, um dem Gemeinwohl verpflichtete Gesundheitsdienste aufzubauen. Die Ebola-Krise macht deutlich, wie notwendig das ist.

Die Stadt Frankfurt, das Land Hessen sowie ihre Behörden sollten, statt dem Engagement von ATTAC – das wie kaum ein anderes dem Gemeinwesen, und zwar „im Großen“, verpflichtet ist – die Gemeinnützigkeit zu entziehen, stolz darauf sein, gerade diese Organisation unter sich zu wissen.

medico international

PS: Das Finanzamt Frankfurt am Main hat der globalisierungskritischen Organisation Attac mit Vereinssitz in Frankfurt den Status der Gemeinnützigkeit aberkannt, weil ihre Ziele nicht gemeinnützig genug, sondern allgemeinpolitisch seien.



medico international